

PAX



REPORT

Herausgegeben vom Deutschen Friedensrat e.V.

Nummer 1 - 2023

21. September 2022 – UN-Weltfriedenstag an der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain

Unter dem Leitgedanken „Kein Geld für Krieg und Zerstörung! Stattdessen Investitionen für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!“ hatten der Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. und der Deutschen Friedensrat e. V. am 21. September 2022 an der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen. Die Veranstalter und Redner forderten in ihren Beiträgen von den Regierenden und politischen Akteuren eine aktive Entspannungs- und Friedenspolitik, einhergehend mit der Bereitschaft zur Lösung von globalen Konflikten auf der Grundlage von gegenseitiger Dialogbereitschaft ein.

Die in politischer Verantwortungslosigkeit herbeigeführte „Zeitenwende“ erfordere anstelle von milliardenschwerer militärischer Aufrüstung und zügelloser wirtschaftlicher Kriegsführung eine Friedensoffensive. Die Beendigung jeglicher militärischer Handlungen sei das Gebot der Stunde. Politisches Handeln solle auf die Siche-



rung sozialer, gerechter und ökologischer Lebensbedingungen ausgerichtet werden.

Mit Redebeiträgen meldeten sich verschiedene Vertreter von Organisationen zu Wort. Darunter **Reiner Braun**, Geschäftsführer des IPB (International Peace Bureau Genf). Er sagte unter anderem: „Am 21. September 1981 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Aufruf zum Weltfriedenstag. Ich will nur einen einzigen Satz aus dieser Resolution verlesen, der uns an ganz vieles erinnern

sollte und muss. Es soll, so heißt es in dieser Resolution, ‚ein Tag des Waffenstillstandes und der Gewaltlosigkeit‘ sein. Wenn wir uns den heutigen Tag angucken, den 21. September 2022, haben wir – nach Aussagen des sicher führenden Heidelberger Friedens- und Konfliktforschungsinstitutes – 21 Kriege auf der Welt, 22 bewaffnete Konflikte und über 200 gewalttätige Konflikte. Die Unterscheidung richtet sich nach der Anzahl der in diesen Konflikten und Kriegen umgekommenen Menschen. Von Gewaltlosigkeit ist da keine Spur!“



AUS DEM INHALT:

Das Militär – der größte Klimasünder? • Ukrainekrieg: Historie und Sachstand • Die Verantwortung, die gesamte Menschheit vor Vernichtung zu schützen • XXII. WPC-Versammlung in Hà Nội • Assange-Familie • Der Fall: Edward Snowden • CETA – die Hintertür für die TTIP-Lüge • Drohnen-Gefahr, Automatisierte Kriegsführung - uvm -



Weiter führte er aus: „Ich gedenke an diesem Tag auch immer jener vielen, die für diese Idee der Gewaltlosigkeit und des Waffenstillstandes gestanden und gelebt haben. Ich möchte darum auch an einige dieser Menschen erinnern. Bertha von Suttner: ‚Die Waffen nieder!‘ oder ‚Es gibt nichts Wichtigeres, als sich tagtäglich für den Frieden einzusetzen, solange bis wir es geschafft haben!‘ Und ‚Schaffen‘ hieß für sie, wie auch für Dr. Martin Luther King und andere, eine Welt ohne Krieg! Dr. Martin Luther Kings berühmte Vietnam-Rede ist ein Zeichen des Protestes und der Gewaltlosigkeit gewesen. Und ohne Willy Brandt und auch Michael Gorbatschow und deren Friedenspläne für Europa würden wir vielleicht heute hier nicht stehen, sondern wären schon in den 80er Jahren atomar verglüht.“

Gerhard Emil Fuchs-Kittowski, Vorsitzender des Deutschen Friedensrates e. V., unterstrich: „Wie erwähnt, spielte in der gesamten Friedens-, Gleichheits- und Freiheitsbewegung des 20. Jahrhunderts unter vielen anderen eine herausragende Persönlichkeit eine große Rolle – Dr. Martin Luther King. An seiner Seite gab es von Anfang an, auch später nach Kings meuchlerischer Ermordung bis heute, eine weitere herausragende Persönlichkeit, nämlich Harry Belafonte!“ Im Vordergrund habe dabei weniger der Sänger und Entertainer gestanden, sondern dessen Engagement für Frieden, gegen

Rassismus und gegen Sklaverei. Harry Belafontes gesamtes Leben sei „durch dessen Arbeit als Aktivist an der Seite Dr. Martin Luther Kings bestimmt“ gewesen. Belafonte habe sich auch später an vielen Lebensstationen gegen Diskriminierung, für Chancengleichheit in Bildung, gegen Atomwaffen, für Bürgerrechte und für den Frieden eingesetzt.

„Ich fragte einmal meinen Vater, der selbst ebenfalls ein paar Jahre älter ist und diese Geschichte sogar besser kennt als ich“, so Fuchs-Kittowski: „Sage mir bitte, dieser Mensch hat sich sein Leben lang dafür eingesetzt, dass wir bis heute in Frieden und im Wohlstand leben konnten. Und trotzdem, wenn er auf sein Leben zurückguckt, muss er möglicherweise doch ein wenig resigniert sein?! Weil das, was wir uns erwünschen und erträumen, oder auch was die Ziele all dieser Menschen und Bewegungen gewesen sind, ja nur zu einem Teil in Erfüllung gegangen ist. ‘Und da sagte mein Vater zu mir, und das ist das, was uns alle auch in Minuten der Resignation wiederum erheben sollte: ‚Stell Dir mal vor, es hätte solche Menschen NICHT auf unserer Erde gegeben! Wie würde es denn dann heute aussehen?’ ... Es ist die Frage des FRIEDENS und auch eine Frage der

GLAUBWÜRDIGKEIT! Wir haben es heute mit einem 3-Klang zu tun, mit dem, und nur mit dem, wir das Überleben der Menschheit sichern können: FRIEDEN – SOZIALE GERECHTIGKEIT – UMWELT. ... KEINES ist gegen das andere austauschbar oder ausspielbar! Aber dieser 3-Klang, der ergibt: WELTFRIEDEN! Diese Balance zu halten und fruchtbar zu entwickeln, das wäre: WELTFRIEDEN!“

Und **Christoph Krämer**, Mitglied des IPPNW-Deutschland (IPPNW=Internationale ÄrztInnen für die Verhütung des Atomkrieges), sprach über den Weltfrieden und den Ukrainekrieg. Er unterbreitete fünf Vorschläge zur Beendigung des „NATO-Stellvertreterkrieges“. Krämer dankte zunächst für die Einladung, am Weltfriedenstag der Vereinten Nationen an der Berliner Weltfriedensglocke sein zu dürfen. Er erinnerte sich: „Genau vor 10 Jahren stand ich vor der Friedensglocke an einem besonders bewegenden Ort – im Friedens-Park von Hiroshima. Der Stadt, die als erste – und bisher zweit-einzige weltweit – mittels einer Atombombe zerstört wurde.“ Und er mahnte: „Im Fall eines Atomkriegs werden wir ÄrztInnen euch nicht helfen können!“

Heute ist die rosa-grün-gelbe Ampel-Regierung nun dabei, die in Deutschland letztlich völkerrechtswidrig stationierten B61-Atombomben (Sprengkraft bis zu 170 Kilotonnen)



durch die moderneren B61-12 zu ersetzen (Sprengkraft variabel einstellbar – wobei die Einsatz-Hemmschwelle durch niedrigere Sprengkraft natürlich gesenkt wird)! Und zwecks Einsatz dieser US-Bomben durch die Bundeswehr neue (F35-)Bomber anzuschaffen – mit Milliarden von unseren Steuergeldern! Mir als Chirurg – der oft Stunden um das Überleben Einzelner im OP kämpft – kommt da das Grauen.“ ... Eine Mahnung, mit der Krämer zur aktuellen Situation des – von Russland begonnenen – Ukrainekrieges überleitete.

Dazu machte er fünf Vorschläge:

„1. Um aus diesem Krieg wieder herauszukommen, müssen wir wissen, wie wir hineingeraten sind.“ ...

„2. Den Begrifflichkeiten der „Leitmedien“ sollten wir eigene gegenüberstellen.“ ...

„3. Die Verwechslung von Erklärung mit Rechtfertigung sollten wir aber ablehnen.“ ... „Ablehnen sollten wir zudem die Verwechslung von Solidarität mit der Ukraine mit Waffen für (NATO-)Selenskyj. – Solidarität im Krieg heißt Rettung von Menschenleben und Schutz von Deserteuren ...“

„4. Die Eskalation des Krieges befeuert die Zerstörung des Klimas und damit von unser aller Lebensraum. Lasst uns dies offensiv und täglich anprangern ...“

„5. Appell an alle SozialpolitikerInnen, die jetzt notgedrungen immer mehr und immer größere ‚Entlastungspakete‘ für die heraufziehende Inflation und Massenvernichtung von betrieblichen und menschlichen Existenzen fordern – er richtet sich besonders auch an die Partei DIE LINKE: Ganz oft wird dabei vergessen, den ‚Elefanten im Raum‘ als Ursache des Desasters zu erwähnen: die Eskalation des Krieges – einschließlich des Wirtschaftskrieges gegen Russland.

Ich weiß, wie diejenigen diffamiert werden, die das tun (die Hetze gegen Sahara Wagenknecht ist dafür ein lebhaftes Beispiel). Trotzdem: Ihr müsst diesen Elefanten im Raum – den Krieg – beim Namen nennen! Die entscheidende Maßnahme zur ‚Entlastung der Menschen‘ ist das Ende der Eskalationspolitik, einschließlich des Wirtschaftskrieges!“



Die Redebeiträge sind über die Internetseite der Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. (www.weltfriedensglocke-berlin.de) im Downloadbereich nachzulesen.

Literarisch und Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von den Künstlerinnen Johanna Arndt und Anna von Rohgen. Die Aktionskünstlerin Ute Bella Donner gestaltete das Areal um die Weltfriedensglocke mit ihren ausdrucksstark bemalten Friedensbotschaften auf Regenschirmen. Einen würdigen Abschluss fand die Veranstaltung mit dem Steigenlassen von Friedenstauben als „Botschafter des Friedens“. Abschließend hatten die Teilnehmer*innen der Veranstaltung die Möglichkeit, mit dem Läuten der Weltfriedensglocke ein hörbares Zeichen für den Frieden zu setzen.

Mit dieser Veranstaltung unterstreichen die Veranstalter die Botschaft des UN-Generalsekretärs António Guterres zum Internationalen Friedenstag am 21. September 2022: „Frieden ist ein hohes und unverzichtbares Ziel, und er ist der einzig gangbare Weg hin zu einer besseren und gerechteren Welt für alle Menschen. ... Statt einander zu bekämpfen, sollten wir zusammen daran arbeiten, unsere wahren Feinde zu besiegen – Rassismus, Armut, Ungleichheit, Konflikte, die Klimakrise. ... Wir fordern sie (die Menschen, Red.) auf, die Bande der Solidarität zu bekräftigen, die uns als Menschen verbinden, und sich unverzüglich daranzumachen, eine bessere, friedlichere Welt zu schaffen.“

Anja Mewes

Live stream from Nagasaki, August 9, 22:



Auf ein Wort, zur Zukunft des „Deutschen Friedensrates e.V.“

Liebe MitgliederInnen und Mitglieder des Deutschen Friedensrates!

Liebe FreundInnen und Freunde des Friedens!

Mitte des Jahres 2022, im Verlauf von zwei Hauptmitgliederversammlungen und der dann konstituierenden ersten Vorstandssitzung im Juni 2022 hat sich der Deutsche Friedensrat e. V. einen neuen Vorstand gewählt.

Dieser dankt ausdrücklich den Vorgängervorständen und namentlich besonders Frau Dr. Susanne Willems, Frau Rim, Frau Dr. Bärbel Schindler-Saefkow und Frau Barbara Fuchs, die auch weiterhin dem neuen Vorstand angehört, für deren aufopferungsvolle Tätigkeiten zum Erhalt des Deutschen Friedensrates e. V. Wir gedenken und danken der vielen MitgliederInnen, die all die Jahre zu uns gehalten, jedoch mittlerweile von uns gegangen sind. Wir danken auch den unzähligen und ungenannten FreundInnen, die uns immer mit Unterstützung und Spenden über die schlimmsten Zeiten geholfen haben, und bauen stark auf deren weitere großzügige Solidarität, ohne die sich der Deutsche Friedensrat e. V. noch nicht allein und unabhängig freischwimmen könnte.

Mit diesen Worten stehen wir auch bereits mittendrin in der laufenden Arbeit und den zukünftigen Aufgaben, über die sich der Deutsche Friedensrat e.V. auch in der Zukunft definieren wird. Dabei soll er sich nicht völlig neu erfinden. Wir alle sind doch gerade auch auf Grund dessen früheren Rufes, bekannter zuverlässiger Arbeiten und weltweiter Partnerschaften sowie dessen Tradition MitgliederInnen des Deutschen Friedensrat e. V. und bekennen uns auch dazu. Dennoch ist dieser neue Vorstand auch dazu angetreten, auf der Grundlage dieser wichtigen Vergangenheit einen Neuanfang gemäß den aktuellen Erfordernissen in die Wege zu leiten. Worin dieser



besteht und wie dieser aussehen könnte, darauf werde ich nach einem kurzen Rückblick auf das vergangene halbe Jahr eingehen.

Gleich zu Anfang haben wir uns im wahrsten Sinne des Wortes neue Fahnen machen lassen, um wortwörtlich bei allen Demonstrationen, und es waren in der Zeit Viele, zu denen wir als Deutscher Friedensrat e. V. aufzutreten – Flagge zu zeigen. **Das sind Wir! Wir, der Deutsche Friedensrat e. V. lebt! Für viele der MitdemonstrantInnen war dies ein glückliches wie unvermutetes Signal!**

Was haben wir im letzten halben Jahr sonst noch unternommen:

1. Flagge zeigen!, so wie die, die sich als neuer Vorstand vor unserer neuen Flagge haben fotografieren lassen;
2. als Deutscher Friedensrat e. V. wieder durch offensive Präsenz an vielen dieser Demonstrationen im Jahre 2022 teilgenommen;
3. Sodann gab es bereits einige Veranstaltungen, wie am 5. September vor der Parteizentrale Bündnis90/Die Grünen, an denen wir auch als Deutscher Friedensrat e. V. in Allianzen gemeinsam mit anderen Gruppen aufgetreten sind;
4. im Bündnis, vor allem mit der Berliner Friedensglockengesellschaft e. V., haben wir ebenfalls bereits einige Veranstaltungen mitorganisiert oder bestritten, zum Beispiel den Weltfriedenstag am 21. September 2022;

5. Ein Podiumsgespräch am 09. November 2022 wurde von Barbara Fuchs und Heinrich Bückler in dessen Coop Anti-War Cafe in der Rochstraße in Berlin zum Thema, „China“ als eine Art Höhepunkt des Jahres, mit Herrn Adolphi als Redner, organisiert;

6. Der internationale Höhepunkt unseres Deutschen Friedensrates e. V. bestand in seiner Teilnahme mit einer kleinen Delegation am Weltfriedenskongress des „World Peace Council“ in Hanoi, in Vietnam, vertreten durch Bernd Mewes und Gerhard Emil Fuchs-Kittowski;

7. Aber nicht zuletzt feiern wir die „Wiedergeburt“ unseres „Pax Report“ Anfang des Jahres 2023, was sich wegen bestimmter Überschneidungen und Krankheit schwierig gestaltete, aber ihr jetzt in diesem Moment in Euren Händen haltet.

Alle anderen, fast wichtigeren Arbeiten, zur Konsolidierung des Deutschen Friedensrates e. V. fanden ungeschaut und unbemerkt im Hintergrund statt. Wichtig und gut waren die regelmäßigen Vorstandssitzungen, in denen es auch um die Bildung von Kollektiver- und Einzelverantwortung ging.

Hier gilt unser besonderer Dank Anja und Bernd Mewes! Denn es waren vor allem die Erhebungen unseres wirklichen MitgliederInnen-Standes, die Anschreiben an die MitgliederInnen, den neuen Gesetzen für Vereine und dem Datenschutz geschuldet, mit denen wir einerseits feststellen mussten, wer noch dabei ist und wer noch dabei sein möchte oder auch nicht. Auch nicht uninteressant für die Vereinsarbeit: wer noch in der Lage und Willens ist, seinen Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Und im Grunde, welche andere Möglichkeit hat man heutzutage festzustellen, wer noch bei uns ist?

Wenn es hier und da Überschneidungen gab oder jemand doppelt Post oder auch keine Post bekam, den bitte ich dies als Vorsitzender in meiner Verantwortung zu entschuldigen und meine Anteilnahme für etwaige Belästigungen anzunehmen. Auch bei einer Wiederholung bitte ich hiermit, insofern zusätzlich um Verständnis für uns, da



diese anfängliche Verwirrung uns wegen des uns so unterschiedlich und widersprüchlich vorliegenden Materials ganz genauso betroffen hatte. In diesem Zusammenhang möchte sich Barbara Fuchs dann mit den letzten unklaren Einzelfällen auseinandersetzen, denn wir wollen niemanden von Euch auf unserer Reise zurück lassen. An dieser Stelle möchte ich sodann unsere MitgliederInnen noch um etwas Geduld und auch um ihre Mitarbeit, sofern es Ihnen möglich ist, bitten.

Uns ist auch unsere Altersstruktur bekannt und daher bewusst, dass wir euch um eure Mitarbeit und Unterstützung nur im Rahmen eurer Möglichkeiten und Fähigkeiten bitten können. Und so sind wir schon bei einem der wichtigsten unserer Zukunftspläne angelangt: Wie verjüngen wir unseren Friedensrat? Wie gewinnen wir Schritt für Schritt neue, auch jüngere Bürger für unsere friedenspolitische Arbeit? Indem wir uns ab 2023 mit deutlich größerer Intension um die Präsenz in den sogenannten neuen und sozialen Medien kümmern und gleichzeitig aber auch ganz herkömmlich das Augenmerk unserer zukünftigen Tätigkeiten -> frei nach einer der Feurbachthesen: „...Wer lehrt, unserer Lehrer.“ Es soll sich nicht für unsere Beworbenen als Selbstverständlich anfühlen, sich für Frieden und Völkerverständigung einzusetzen. Es soll klar werden, dass es sich bei Positionen von Neutralität und Pazifismus, sehr wohl um kämpferische und mitnichten um opportunistische Positionen handelt, Positionen für die in früheren Zeiten

mutige Menschen auch gestorben sind. Als Teil der deutschen und internationalen Friedensbewegung wollen wir unsere Wurzeln, für Humanismus und Pazifismus zu kämpfen, offensiver darstellen. Es soll deutlich werden, dass es der Deutsche Friedensrat e.V. ist, der sich gegen jede Form von Diskriminierung, als auch gegen jede seiner Unterformen, unter anderem: Rassismus, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit einsetzt, ohne dabei die eine gegen die andere Form auszuspielen oder zu überhöhen. Dieses in die Öffentlichkeit zu transportieren brauchen wir Ihre / eure und die Unterstützung namhafter Persönlichkeiten.

Dazu gehört auch, dass wir zum Beispiel uneingeschränkt für das Existenzrecht Israels eintreten, jedoch ganz genau für das gleiche Recht der Palästinenser! Wir ächten den Krieg – und zwar jeden Krieg! Es gibt keine gerechten oder ungerechten Kriege! Denn jeder Krieg ist Sünde und ist aus sich heraus ungerecht, selbst wenn es sich aus

der Perspektive von Unterdrückten um einen Akt der Befreiung handelt. Aus jener Sicht mag dies zwar eine Rechtfertigung hergeben, hat aber mit einem sogenannten „gerechten“ Vorgang nichts zu tun, zumal es sich bei den meisten aller Opfer immer um ungerechte und unschuldige Opfer handelt.

Es wird immer Momente oder historisch gewachsene Situationen geben, bei dem einen mehr und bei dem anderen weniger Verständnis für die eine oder andere Position erwachsen lassen. Verständnis und Nachvollziehbarkeit von Argumenten oder gar Aktionen werden wir niemandem absprechen. Dennoch gehört die Ächtung und die Verurteilung jeder bewaffneten Gewalt und jedes Krieges als Mittel der Politik, zur Durchsetzung politischer, ökonomischer, ideologischer oder religiöser Ziele zu unseren Grundüberzeugungen.

Nicht jedes unserer Mitglieder wird automatisch Pazifist sein, nicht jedes unserer Mitglieder muss automatisch Pazifist sein! Im Gegenteil! Wir werden jeden, der auch aus anderen Ursachen und Beweggründen für sich zu dem Ergebnis gelangt, ebenfalls dafür einzutreten, wofür wir eintreten, vorbehaltlos bei uns willkommen heißen! Wir begrüßen die Meinungsvielfalt und möchten uns jeder offenen, fairen und ideologiefreien Diskussion, auch und gerade der mit Andersdenkenden stellen. Entscheidend ist nicht siegen zu wollen, Partei zu ergreifen, sondern den Frieden zum Ziel seines Handelns zu machen. ...



Als Vorstand empfehlen wir der Mitgliederversammlung, uns das Mandat zu geben, uns als NGO: „Deutscher Friedensrat e.V.“ beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen anzumelden und registrieren zu lassen. Das ECOSOC ist eines der sechs Hauptorgane der Vereinten Nationen. Beim Wirtschafts- und Sozialrat können Nichtregierungsorganisationen gemäß Artikel 71 der UN-Charta einen Konsultationsstatus erhalten. Dafür müssen sie sechs Prinzipien erfüllen: Unterstützung der Ziele der UN, demokratische Organisationsform, Non-Profit-Konzept, Prinzip der Nichteinmischung in staatliche Angelegenheiten, Gewaltfreiheit sowie Unabhängigkeit von zwischenstaatlichen Vereinbarungen ...

- Wir fordern von der Deutschen Bundesregierung und der EU, Kriege nicht länger durch direkte oder indirekte Waffenlieferungen, Beratungsleistungen, Ausbildungen fremder Militärs oder Söldner oder Propaganda zu unterstützen.
- Aus allen Ländern in denen sich deutsche Staatsangehörige in Konflikten oder Kriegen verwickelt sehen, diese Personen sofort und vorbehaltlos abzuziehen.
- in allen Konflikten und Kriegen sollte das ausschließliche Interesse der Bundesregierung nur darin bestehen sich für sofortigen Waffenstillstand und darauf folgend, für Friedensverhandlungen einzusetzen.
- Wir fordern von der Bundesregierung, dass von den 100 Mrd. Euro Kriegsanleihen sofort Abstand genommen wird, sodass anstelle von Erhöhungen der Militärausgaben, grundsätzlich nur noch das Budget, für den



Zivilschutz der eigenen Bevölkerung oder dem Ausbau eines internationalen THW-de Luxe für Katastrophenschutz, Einfluss genommen wird. Gelder die wir, die Menschheit, dringend für die Überwindung der dringenden Probleme in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Umwelt benötigen, dürfen nicht dem Allgemeinwohl durch Rüstung vorenthalten werden!

- Wir fordern von der Bundesregierung jeden friedensgefährdenden und damit unsozialen Kurs, sofort zu verlassen und abzurüsten.
- Sämtliche Waffenexporte sind unverzüglich einzustellen!
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beizutreten, sämtliche Truppen- und Materialstationierungsverträge zu kündigen und das Verbot von Stationierung, Lagerung oder Überleitung von atomarbestückten Mittelstreckenraketen und ein Verbot weiterer neuer Technologien wie US-Hyperschallraketen oder militärisch genutzten Drohnen im Grundgesetz, zu verbieten.
- Die Bundesregierung soll sich an den Bestrebungen, China militärisch einzuhegen nicht beteiligen! Ein Wettrennen der sogenannten Westlichen Wertegemeinschaft gegen China ist ein Irrweg, genauso wie das Wettrennen gegen Russland!
- Alle Widersprüche müssen und können nur am Verhandlungstisch gelöst werden!

Die Zeit der Umweltkatastrophe, des weltweiten Wassermangels, des weltweiten Hungers, bei einem noch nie dagewesenen Bevölkerungsanstieg, verlangt kategorisch nach Kooperationen statt nach immer mehr Konfrontation!

Wir treten für eine Friedensordnung einer gleichen und einer gemeinsamen Sicherheit ein, die die Sicherheitsinteressen eines jeden Staates berücksichtigt. Statt einer auf Hochrüstung eingestellten NATO, benötigen und fordern wir eine reformierte UNO und eine KSZE, die von westlicher imperialer Dominanz befreit, für weltweite Friedenseinsätze befähigt ist.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine multipolare Weltordnung den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die Umwelt zu „retten“ und sich an veränderte Klimabedingungen als Menschheit anzupassen, ist ein langer Weg. Während das sofortige Beenden von Militärmanövern, Rüstung, Waffenhandel, militärischen Konflikten und Kriegen eine Frage von Minuten wäre, würde dazu der politische Wille vorhanden sein.

Also, wer sich ernsthaft und glaubhaft für die Umwelt- und den Klimaschutz einsetzt, muss daran gemessen werden, mit welchem Nachdruck sich diese Person einsetzt für die Beendigung jeglicher militärischer Beschäftigung. Die Ernsthaftigkeit der Regierenden am Klimaschutz, lässt sich auch daran messen wie die CO²-Emissionswerte des Militärs in die Länderstatistik aufgenommen werden. Mittlerweile ist es ein Gebot der Stunde, ein kategorischer Imperativ, alles militärische zu ächten, zu verbieten und einzustellen. Und dies wird uns allein bereits eine ganz normale Kosten-Nutzen-Rechnung beweisen, dazu muss man nie Pazifist gewesen sein.

*Gerhard Emil Fuchs-Kittowski
Deutscher Friedensrat e. V., Vorsitzender*

Ukrainekrieg:

Historie und Sachstand

Vorgeschichte. In dem heutigen Staat Ukraine bestehen seit etwa einem Jahrhundert gewaltsame Spannungen zwischen im Westteil überwiegenden ukrainischstämmigen und im Ost- und Südteil überwiegenden russischstämmigen Bevölkerungsteilen. Regionale Autonomiebestrebungen reichen bis in die Sowjetzeit zurück. Das Land ist gespalten, hat aber nicht die in solchem Fall für Stabilität unverzichtbare dezentrale Staatsstruktur. 1994 errang es die Souveränität. Seit 2002 versuchten die USA, die Ukraine in die NATO zu holen. Aber 2008 stimmten Frankreich und Deutschland gegen die Aufnahme des Landes, wegen Korruption und mangelnder Rechtsstaatlichkeit.

Nach einem gewaltsamen Staatsstreich in der Hauptstadt Kiew 2014 drohte die neue, auf die USA ausgerichtete Regierung, den Pachtvertrag mit Russland über den Marinehafen Sewastopol in der russischsprachigen Provinz Krim zu kündigen. Um diesen Heimathafen ihrer Schwarzmeerflotte fürchtend, gliederte die Moskauer Regierung auf dem Weg über eine manipulierte, aber im prorussischen Gesamtergebnis unstrittige Volksabstimmung die Krim in den russischen Staat ein, als Selbstbestimmung des Volkes erklärt. Der Westen kritisiert dies als völkerrechtswidrige Annexion. Im Völkerrecht besteht in der Tat ein Spannungsfeld zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Machtanspruch von Zentralregierungen, akut auch in Serbien (Kosovo), Spanien (Katalonien), Großbritannien (Schottland) und Italien (Venetien).

Gleichfalls 2014 verfügte Kiew als einzige zulässige Amtssprache des Landes Ukrainisch, gegen den Widerstand der russischstämmigen Bürger, ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Statt den Konflikt politisch zu lösen – zwei Amtssprachen und Dezentralisierung –, setzte die Kiewer Regierung gegen die aufständischen Ostprovinzen ihr Militär ein, also gegen ihre eigene Bevölkerung, mit tausenden Toten. Um das Blutvergießen zu beenden, schlossen Frankreich, Deutschland und Russland 2015 mit der Ukraine den UN-Vertrag Minsk-II: Waffenstillstand und Autonomie für das ostukrainische Kon-

fliktgebiet. Doch die Regierung in Kiew erfüllte keine der Auflagen, und Frankreich wie Deutschland versäumten, Vertragstreue einzufordern. Wie die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2022 einräumte, waren die Minsk-Abkommen „der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht“¹ – so ungut es klingen mag: das Eingeständnis eines Wortbruchs gegenüber Russland. Tatsächlich rüsteten die USA und Großbritannien die Ukraine seither mit modernen Waffen auf NATO-Standard hoch.

Wortbruch. Dies war nicht der erste Bruch westlicher Zusagen an Russland: 1990, in den Monaten nach Öffnung der Berliner Mauer und zugleich dem Ende des Kalten Krieges, richteten sich die Hoffnungen auf eine gesamteuropäische Friedensordnung ohne gegnerische Militärbündnisse. Mit der Zusicherung, die NATO werde – so US-Außenminister Baker 1990 – „nicht einen Zoll“² über die deutsche Grenze nach Osten ausgedehnt, wurde der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow verlockt, einer bizarren amerikanischen Vorbedingung für die deutsche Vereinigung zuzustimmen, nämlich: Deutschland wird NATO-Mitglied, und das US-Militär bleibt mit seinen Atomwaffen in Deutschland stationiert. Heute behauptet der Westen, eine solche Zusicherung „keine NATO-Osterweiterung“ habe es niemals gegeben, es existiere ja keine Vertragsform.

Der Angriff. Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Ein UN-Mandat für den Angriff bestand nicht. Die Behauptungen einer Selbstverteidigung, die die russische Regierung veröffentlichte, erklären nicht den Zeitpunkt des Angriffs mitten im Winter. Bis zum Beweis des Gegenteils war der Angriff also völkerrechtswidrig – aber in welchem Ausmaß im Vergleich zu den wohl unstrittig illegalen Angriffskriegen der USA und der NATO ab 1990?

Die westlichen Regierungen haben den Kriegsgrund offiziell auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin personalisiert. Dies blendet aber die Möglichkeit aus, der Angriff sei eine Reaktion auf ein Handeln von Ukraine, USA und/oder NATO gewesen, das Russland als aggressiv und sicherheitsgefährdend ansah. Die

se in der Öffentlichkeit verbreitete Sichtweise hatte der französische Präsident Macron im Dezember 2022 diplomatisch ins Gespräch gebracht.

Hatte es einen kritischen Schub in der NATO-Osterweiterung gegeben? Oder in der Aufrüstung der Ukraine durch USA und NATO? Oder in einer ukrainischen Militäraktion nahe der russischen Grenze? Oder: Am 24. März 2021 hatte der ukrainische Präsident Selenskyj seiner Armee den Befehl erteilt, die Krim zurück zu erobern³. War das die Kriegserklärung der Ukraine an Russland? Also Ukraine als der Angreifer? Die offiziellen russischen Angaben sind nicht klar, ebenso wenig wie die Sinnhaftigkeit etlicher Maßnahmen des russischen Militärs.

Mitschuld? Aber ist die ukrainische Regierung frei von Mitschuld am Unglück ihres Volkes? Warum ließ sie sich überhaupt auf eine militärische Auseinandersetzung mit dem starken Nachbarn ein, trotz ihrer – den Berichten nach – stark patriotisch eingestellten Bevölkerungsmehrheit? Warum brach sie ab 2015 vorsätzlich den UN-Vertrag Minsk-II? Warum schloss sie im November 2021 mit den USA einen Militärvertrag⁴, an der NATO vorbei, gegen den Nachbarn Russland gerichtet?

Laut westlichen Berichten hatten auf Vermittlung der Türkei russische und ukrainische Unterhändler Bedingungen für einen Waffenstillstand abgestimmt, darunter die ukrainische Neutralität. Dies hatten sie am 29. März 2022 gemeinsam vor der Presse mitgeteilt. Warum stieg die Regierung der Ukraine aus dieser Verhandlung aus, nach dem Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson in Kiew kurz danach?

Stellvertreterkrieg. Der Krieg wird auf ukrainischem Boden ausgetragen, mit russischen und westlichen Waffen und mit Zieldaten aus westlicher Spionage für das ukrainische Militär. Gestützt von den NATO-Staaten (außer Ungarn und Türkei), läuft dort de facto ein Stellvertreterkrieg USA – Russland, auf US-Seite mit dem Vorteil von Rüstungsverkäufen, ohne eigene Tote und Verwundete. Die Ukraine ist Sprengplatz geworden. Jede Explosion steigert den Schaden im Land. Ohne Verhandlungen über einen Waffenstillstand mehr und mehr Menschenverluste der Ukraine und Russlands, mehr

Verwüstung. Dazu die laufend wachsende Schuldenlast der Ukraine, vor allem für die Waffenlieferungen aus den USA, über einen amerikanisch-ukrainischen Leih-Pacht-Vertrag. Der Vertrag war schon im Januar 2022 in den US-Kongress eingebracht worden⁵, fünf Wochen vor dem russischen Angriff – in sicherer Erwartung des Ukrainekrieges?

Warum sind reale Unterstützer der Ukraine fast ausschließlich Mitglieder der NATO und US-Verbündete im Indopazifikraum? Also nicht mal ein Fünftel aller Staaten der Welt.

Atomwaffen im Ukrainekrieg? Weder die USA noch Russland schließen Atom-einsätze gegen Staaten ohne Atom-waffen aus. Es ginge um „taktische“ Atomwaffen, wie die „kleinen“ Bomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945. Im Kriegsgebiet Ukraine wäre dies jeweils „nur“ ein 5 km großer Brandfleck, bei über 1.200 km Frontlänge ein Nadelstich, völlig untauglich, das Kriegsglück des Täterstaats grundlegend zu verbessern. Aber er wäre fortan international gemiedener Paria, täglich angeklagt durch unvermeidliche Langzeitopfer der Radioaktivität, ruinös für seinen Export-handel. In den modernen Industriekriegen geht es im Kern stets um wirtschaftliche Interessen.

So bilden im Ukrainekrieg Atomwaffen eine propagandistische Drohkulisse, aber militärisch geben konventionelle Präzisionswaffen den Ton an. Welche Rolle das Völkerrecht heute hat, zeigen im Ukrainekrieg die Propagandaschwerpunkte beider Seiten: Sie beschuldigen einander, das Kriegsrecht gebrochen zu haben, vorerst stets ohne nachprüfbare Beweise.

Ist Deutschland Kriegspartei? Bis zum russischen Angriff am 24. Februar 2022 hatten die deutschen Regierungen durchaus Kritik an der ukrainischen Führung. Mit dem russischen Angriff 2022 verließ die deutsche Regierung ihre Position als Vermittlerin und schaltete um auf die Unterstützung der Ukraine, einschließlich eigener Lieferung schwerer Waffen in das Kriegsgebiet. Wurde Deutschland damit Kriegspartei? Wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages im März 2022 dazu erklärte, werde Deutschland erst dann zur Kriegspartei, wenn es ukrainische Soldaten auch an den Waffentypen ausbildet⁶. Aber genau dies ist eingetreten. Außerdem erlaubt die deutsche Regie-

rung den USA, militärische Infrastruktur in Deutschland für ihre nationale Kriegsunterstützung der Ukraine zu nutzen, außerhalb der NATO. Waffenlieferungen in die Ukraine transportieren die USA über deutsche Häfen und Flughäfen, und sie bilden ukrainische Soldaten an diesen Waffen aus, auf deutschem Boden.

Laut Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 wird „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen“. Wie passen dazu Waffenlieferungen an den Kriegsgegner des Vertragspartners Russland?

Verstoßen NATO-Militärtransporte durch oder über ehemaliges DDR-Gebiet als Nachschub für die Ukraine, also gegen Russland, gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag, insbesondere das Zusatzprotokoll zu dessen Artikel 5? Laut diesem Text werde die deutsche Regierung „die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei berücksichtigen“.

Jedenfalls hat sich Deutschland – ohne erkennbare Not – 2022 zur Kriegspartei gegen Russland gemacht. Rechtlich geschah dies in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen. Auch bestehen keinerlei Bündnisverpflichtungen Deutschlands gegenüber der Ukraine, weder über die NATO noch die EU. Dürfte sich Russland also in geeigneter Situation zur Selbstverteidigung gegen Deutschland legitimiert sehen?

Dürfte die NATO im Fall eines russischen Angriffs auf Deutschland zu Hilfe kommen? Nein, nicht, wenn sie ihren Status als Verteidigungsbündnis ernst nimmt, denn Deutschland ist hier rechtlich Angreifer, wie es auch mindestens die USA, Großbritannien und Polen sind.

Hat die deutsche Regierung das Wählermandat, Krieg gegen den Nachbarn Russland zu beginnen? Oder wären zu dieser Frage Neuwahlen des Bundestags geboten?

Kriegsgefahr in Deutschland? Bei westlichen Regierungen besteht die Tendenz, nicht auf eine Verhandlungslösung, sondern auf den militärischen Sieg der Ukraine zu setzen. Obendrein ist die Ukraine seit November 2022 von der Verteidigung ihres Landes auf eigenem Boden auf strategische Gegenangriffe tief in das russische Hinterland übergegangen. Aus russischer Sicht sind die Hauptgegner die USA und deren Gefolge, darunter führend Großbritannien und Deutschland. Damit

zeichnet sich die Gefahr der Eskalation des Kriegsgeschehens auf NATO-Gebiet ab, das heißt vor allem auf deutschem Gebiet.

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa ist immer ein US-General, nämlich zugleich der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa. Sein Dienstherr ist nicht die NATO, sondern der US-Präsident. Juristisch ist die NATO also eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten. Der Schwerpunkt der US-Militärpräsenz in Europa befindet sich in Deutschland, einige Dutzend Ziele, nach deren schlagartiger Zerstörung die US-Streitkräfte in Europa nicht mehr handlungsfähig wären. Es kommt noch etwas hinzu, in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt: 2019 hatte US-Präsident Donald Trump den seit 1987 gültigen Vertrag über das Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen gekündigt und neue Hyperschall-Mittelstreckenraketen LRHW (Long-Range Hypersonic Weapon)⁷ alias Dark Eagle (dunkler Adler) bestellt, direkter Nachfolger der Pershing-2-Raketen der 1980er Jahre, aber nicht atomar, sondern konventionell bestückt. Diese neuen Raketen mit 2.700 km Reichweite erreichen von Europa aus Moskau, Flugzeiten unter zwölf Minuten. Die Stationierung ist ab 2023 geplant. Die russische Regierung beklagt darin die Gefahr eines sogenannten Enthauptungsschlags⁸. Der Mord an missliebigen ausländischen Amtsträgern – meist per Drohnenangriff – ist für die US-Regierung kein Tabu. Bereits 2021 stationierte das US-Heer Dark-Eagle-Bedienpersonal in Deutschland. Eine reaktivierte Pershing-2-Einheit mit den Zielplanern kam nach Wiesbaden. Die Raketenkanoniere zogen nach Grafenwöhr in Nordbayern. Erhielt Russland mit der ersten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa – wegen deren minutenkurzer Flugzeiten – das Recht zur Selbstverteidigung durch einen Präventivangriff nach Westen? Wäre Russland dann – oder im Ukrainekrieg heute schon – im Recht, mit Luftangriffen die US-Militärpräsenz in Europa lahmzulegen, mit unvermeidlichen zivilen Begleitschäden? Auch nutzt das US-Militär kritische deutsche Infrastruktur, die ebenfalls zum Ziel würde, seien es Stromnetzverteiler oder Straßen- und Eisenbahnbrücken über Weser, Elbe und Oder.

Ob und wenn ja wann so etwas geschehen könnte, dürfte vom weiteren Verlauf des Ukrainekriegs abhängen und davon, ob wir wenigstens sichergestellt haben, dass Dark-Eagle-Raketen und ihre Kommandostellen sich nicht auf deutschem Boden befinden.

Deutscher Selbstschutz. Nur Ältere können sich an die immensen Ruinenlandschaften zu Kriegsende 1945 erinnern, eine Alleinstellung Deutschlands in der europäischen Geschichte. Aber mit dieser Vorgeschichte nicht genug: Noch niemals war Deutschland so verletztlich wie heute, mit der hohen Siedlungsdichte, der extrem verwundbaren technischen und sozialen Infrastruktur, den industriellen Gefahrenquellen im Land, darunter Atomkraftwerke und Großchemie. Zivilschutz ist ein leeres Wort – keine Schutzräume. Raketentreffer auf ein paar Dutzend kritische Schaltstellen können zumindest die Städte praktisch unbewohnbar machen, siehe Ukraine. Egal, was andere Länder tun – für die Menschen in Deutschland ist die Zeit für Krieg als Mittel der Politik historisch vorüber. Allein aus technischen Gründen ist eine erfolversprechende militärische Verteidigung Deutschlands nicht mehr möglich.

Etwa die Abhängigkeit von Elektrizität: Ohne Strom kein Licht, kein Wasser, kein Elektroherd, kein Kühlschrank, keine Heizung, kein Radio/Fernsehen, kein Telefon/Handy, kein Computer, kein Supermarkt, keine Tankstelle, keine Bahn, kein elektrisch betriebenes Medizingerät, kein Abpumpen der Abwässer ... nichts mehr geht. Und das noch bei winterlichen Temperaturen?

Gar nicht zu reden von militärischen Angriffen: Flussbrücken gesprengt, Chemieanlagen bombardiert, Grundwasser dauerhaft vergiftet durch Heizöl aus geborstenen Wohnhaustanks.

Abwehr gegen Flugzeuge und Raketen? Wenn sie überhaupt funktioniert, schützt sie begrenzt Militärobjekte, aber auf Kosten des umgebenden Zivilgebietes, das abgelenkten Bombentreffern, Abstürzen munitionstragender Flugzeuge und einem Hagel schwerer Trümmerteile ausgesetzt wird.

Mit seinen Waffeneinsätzen verursacht Militär im Land – eigenes oder fremdes – schwerste zivile Schäden und ist zugleich Angriffsziel, also nutzlose Gefährdung

der Bevölkerung. Deutschland ist heute ebenso wenig militärisch zu verteidigen wie ein Krankenhaus oder eine Schule. Was nützen den Menschen neue Sirenen, wenn es keine Schutzräume gibt, in die sie sich flüchten können? Was nützt ihnen ein militärischer Sieg, der Deutschland als entvölkertes Trümmerfeld hinterlässt? Nutzen haben nur Rüstungsindustrien aller Seiten.

Deutschland darf also niemals mehr militärisch verteidigt werden, sondern nur noch zivil, gewaltfrei, durch Diplomatie, Völkerrecht und im Extremfall durch passiven Widerstand der Bevölkerung gegen eine Besetzung, gestützt auf eine diplomatisch rührige Exilregierung. Welchen Schaden bedeutet eine Besetzung in Abwägung gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen im Land? Dies hat nichts zu tun mit „Pazifismus“. Vorbilder sind die Tschechoslowakei 1938 und Dänemark 1940, beide damals in Reaktion auf den Einmarsch der Nazi-Wehrmacht, formell als kampflose Kapitulation, aber in wohlüberlegtem Widerstand mit anderen, letztendlich überlegenen Mitteln. So galt Besetzung damals als weit weniger schädlich als Verwüstung. Hauptsache keine Waffenexplosionen! Ist Deutschland so viel anders als Tschechien oder Dänemark?

Schutzschild Völkerrecht. Wenig bekannt, ist der umfassende Schutz der Zivilbevölkerung in Deutschland heute möglich, aus eigener Kraft und Souveränität – NATO und EU hin oder her –, durch das moderne Völkerrecht. Selbst zu entscheidende deutsche Maßnahmen liegen auf der Hand, als gewaltfreier Selbstschutz, darunter:

(a) die Erklärung der deutschen Siedlungsgebiete zu „entmilitarisierten Rotkreuz-Schutzonen“, dort kein Krieg, gemäß Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949⁹,

(b) (bisher fehlende) Nichtangriffsverträge mit allen NATO-Verbündeten; damit unterbleiben Kriegswaffeneinsätze verbündeter Truppen auf deutschem Boden – „Freunde bombardieren einander nicht“,

(c) als Schutzschirm gegen Atomangriffe der deutsche Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag von 2021. Bereits 91 der 193 Staaten in der UN haben ihn unterschrieben. 68 haben ihn ratifiziert, darunter in Europa Österreich und Irland.

So versetzt sich Deutschland in den Sicherheitszustand der NATO-Nachbarstaaten Frankreich, Dänemark und Tschechien und der neutralen Nachbarn Österreich und Schweiz. Ein über 1.000 km langer Schlachtfeld-Sperrriegel quer durch Europa entsteht, als Schutzzone für die Bevölkerungen. Dies ist zugleich ein zentraler deutscher Beitrag zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung: keine gegnerischen Militärbündnisse, Schlichtung politischer Streitigkeiten gewaltfrei in Gerichten statt in mörderischer Selbstjustiz mit Kriegswaffen.

Ohne über Deutschland, seinen Luftraum und seine Nordseehäfen frei zu verfügen, kann keine Macht einen großen Krieg in Europa führen und gewinnen. Weiter westlich gelegene Länder sind kein Ersatz, weiter östlich gelegene auch nicht, denn deren Häfen liegen an der Ostsee oder dem Schwarzen Meer – die engen Zufahrten lassen sich leicht abriegeln.

*Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Berlin,
Physiker, parteilos. 15. Dezember 2022*

1 „Absolut unerwartet“, Der Tagesspiegel 09.12.2022, <https://www.tagesspiegel.de/politik/absolut-unerwartet-putin-zeigt-sich-enttauscht-von-merkel-wegen-ausserungen-zur-ukraine-9006844.html>

2 Mary Elise Sarotte, Not One Inch, New Haven 2021: Yale University Press, ISBN 978-0-300-25993-3, p. 55, zur Handlungsweise der damaligen westdeutschen Regierung siehe auch: Memorandum of Conversation between Helmut Kohl and George Bush at Camp David, Feb 24, 1990, National Security Archive, The George Washington University, Washington, D.C., <https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>, Übersetzung ins Deutsche: Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., Downloadbereich, https://weltfriedenglocke-berlin.de/data/documents/20220916_Bush_sen_Kohl_24_Feb_1990_Rev.pdf

3 Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 117/2021, Zum Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie der Deokkupation und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“, 24. März 2021, (auf Ukrainisch, übersetzbar per Google Translator), <https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>

4 U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership, U.S. Department of State, November 10, 2021, <https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>

5 Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022, U.S. Congress, January 19, 2022, <https://www.congress.gov/bills/117/th-congress/senate-bill/3522/text/is>

6 Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteinnahme, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-019/22, 16. März 2022, siehe p. 6, <https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0eaf275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

7 Andrew Feickert, The U.S. Army's Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW), Congressional Research Service, IF 11991, Updated May 23, 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11991>

8 Wikipedia, Stichwort „Enthauptungsschlag“, 6. März 2021, <https://de.wikipedia.org/wiki/Enthauptungsschlag>

9 Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I), angenommen am 8. Juni 1977, Schweizerische Eidgenossenschaft, Fedlex, die Publikationsplattform des Bundesrechts, 0.518.521 AS 1982 1362; BBl 1981 I 953, Stand 12. Juli 2018, dort siehe Artikel 60, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1982/1362_1362_1362/de

Klimaschutz heißt Pazifismus heißt Klimaschutz

Das Militär – der größte Klimasünder?

Krieg und Militär seien, so kann man es immer wieder vor allem von friedenspolitischen Organisationen hören, die größten Verursacher von Treibhausgasen und Umweltzerstörung. Insinuiert wird mit solchen populistischen Slogans natürlich, dass allein Abrüstung und Entmilitarisierung zugleich auch das größte derzeitige Menschheitsrisiko, die Klimakatastrophe, beseitigen könnten. Indirekt wird damit kleingedredet, vor welcher tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation wir stehen und wie sehr alle unsere Lebensbereiche davon betroffen sein werden. Wie so oft, sind auch hier die Zusammenhänge nicht so schlicht, wie man es gern hätte.

Welchen direkten Einfluss haben Rüstung, Militär und Krieg tatsächlich auf das Klima? Das genau zu beziffern ist kaum möglich: Die internationalen Klimakonventionen klammern diesen Bereich völlig aus, sehen weder Emissionsziele noch Berichtspflichten hierfür vor. Dasselbe gilt für nationale Klimaschutzberichte. Die energieintensive Produktion der Rüstungsfirmen unterliegt keiner umfassenden Rechenschaftspflicht. Dennoch lassen sich aus den vorliegenden Teilstudien seriöse Schätzungen ableiten. Der derzeitige UN-Generalsekretär António Guterres hat immer wieder öffentlich geäußert, dass Rüstung und Militär für etwa 5 bis 6 % der Treibhausgase weltweit verantwortlich seien. Legt man das zugrunde, worüber uns Einzeluntersuchungen Aufschluss geben, dann dürfte er mit dieser Einschätzung einigermaßen richtig liegen.

Geschätzte militärische Treibhausgas-Emissionen weltweit

Land	Rüstungsausgaben 2018	dem Militär zurechnende CO ₂ -Mengen in t.
USA	\$ 649 Mrd.	340 Mio.
China	\$ 250 Mrd.	129 Mio.
Saudi Arabien	\$ 67,6 Mrd.	34,9 Mio.
Indien	\$ 66,5 Mrd.	34,3 Mio.
Frankreich	\$ 63,8 Mrd.	32,9 Mio.
Russland	\$ 61,4 Mrd.	31,7 Mio.
Großbritannien	\$ 50,0 Mrd.	25,8 Mio.
Deutschland	\$ 49,5 Mrd.	25,5 Mio.
Japan	\$ 46,6 Mrd.	24,0 Mio.
Südkorea	\$ 43,1 Mrd.	22,2 Mio.

Gesamt: \$ 1.822 Mrd. **940,0 Mio.**

Rüstungsausgaben von 2018 und Ausstoß von Klimagasen durch das US-Militär im Jahr 2018 (Hochrechnung auf Basis der US-Zahlen)
 N.B.: Der hier errechnete CO₂-Ausstoß schließt die bei der Herstellung von Militärgütern anfallenden Emissionen ein

Neta Crawford von der Boston University errechnet, dass allein die Einsätze des US-Militärs im Jahr 2017 59 Mio. t CO₂ verursachten. Rechnet man die Emissionen der Rüstungsindustrie dazu, so kommt man für den Zeitraum 2011 bis 2017 auf einen Durchschnittswert von 153 Mio. t im Jahr. (Zum Vergleich: Deutschland emittiert im Jahr etwa 800 Mio. t CO₂).¹ Stuart Parkinson von der US-amerikanischen Organisation Scientists for Global Responsibility (SGR) hingegen beziffert die CO₂-Emissionen des US-Militärs aufgrund akribischer Recherchen auf 250 Mio t (hier sind die etwa 800 Militärbasen, die die USA weltweit unterhalten, einbezogen), die Großbritanniens auf immerhin noch 11 Mio. t.² Ist dies in Bezug auf die Klimakatastrophe nun eine eher zu vernachlässigende Größenordnung? Keineswegs! Vor dem Hintergrund der verzweifelten Lage, in der wir uns inzwischen befinden, können wir uns dieses Ausmaß an Energie- und Ressourcenver-

schwendung nicht mehr leisten. Die letzten IPCC-Berichte machen uns darauf aufmerksam: Die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze bezüglich der durchschnittlichen Erderwärmung wäre nur möglich, wenn wir bereits in diesem Jahrzehnt und dann auch in den darauf folgenden Dekaden den CO₂-Ausstoß weltweit halbieren und zusätzlich Kohlendioxid mittels bislang kaum erprobter Techniken aus der Atmosphäre holen. Reduktionen in diesem Ausmaß würden nur durch einen konsequenten, drastischen industriellen Rückbau in den reichen Ländern gelingen. Damit stehen eben nicht zuletzt Rüstung und militärische Infrastruktur zur Disposition. Dazu kommt: Die immensen Rüstungsausgaben stehen natürlich in Konkurrenz zu den finanziellen Anstrengungen für den Aufbau der Infrastruktur einer dekarbonisierten Wirtschaft, für die soziale Abfederung der Transformation und für die Abmilderung von Folgen der Klimakatastrophe.

Das Militärmanöver DEFENDER 2020 produzierte zusammengefasst nach Transportarten

Bahntransport	192.660t (28,67%)	7.500 Transportkilometer	26.009t Kohlendioxyd-Ausstoß
Maritimer Seetransport	114.080t (16,98%)	7.000 Transportkilometer	13.575t Kohlendioxyd-Ausstoß
Binnenschifffahrt	133.760t (19,90%)	7.500 Transportkilometer	34.108,8t Kohlendioxyd-Ausstoß
Lufttransport	40.880t (6,8%)	15.500 Transportkilometer	44.354,8 Kohlendioxyd-Ausstoß
Transport auf der Straße	190.660t (28,37%)	7.500 Transportkilometer	97.236,6t Kohlendioxyd-Ausstoß
Gesamt-Tonnage	672.040t	Gesamt-CO₂-Ausstoß	215.284,82 Tonnen

Das renommierte Stockholmer Institut SIPRI hat die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2019 auf knapp 2 Billionen US-Dollar beziffert.³ Die Tatsache, dass man in Deutschland im Gegenzug zu den absurden Aufrüstungsplänen, die zudem im Grundgesetz verankert werden sollen, den Entwicklungshilfetat deutlich gekürzt hat, spricht wohl für sich.

Sicherheitsrisiko Klimakatastrophe

Ausgerechnet hochrangige Militärstrategen scheinen ein besonders geschärftes Bewusstsein dafür zu haben, welches hohe Sicherheitsrisiko die Klimakatastrophe darstellt. So bezeichnete der ehemalige US-Verteidigungsminister Chuck Hagel bereits im Jahr 2014 die Klimakatastrophe als „Bedrohungsmultiplikator“ [...], weil er das Potenzial hat, viele der Herausforderungen, mit denen wir bereits heute konfrontiert sind – von Infektionskrankheiten bis hin zu bewaffneten Aufständen – zu verschärfen ...“⁴ Inzwischen kann diese Aussage jeder einigermaßen aufmerksame Zeitungleser nachvollziehen. Der Konflikt im Südsudan galt vielen als der „erste Klimakrieg“, und der grausame Bürgerkrieg in Syrien begann bekanntermaßen im Jahr 2011 mit zunächst friedlichen Protesten angesichts einer klimabedingten Dürre. Michael T. Klare, der weltweit renommierteste Analytiker des US-Militärs, verweist auf das erhebliche Risiko bevorstehender Kriege um die Ressource Wasser (etwa zwischen den Anrainern des Flusses Brahmaputra, unter anderem Indien und China), auf die Klimakatastrophe als Fluchtursache und auf die Gefahr, dass im Zuge von massiven Umweltkatastrophen vermehrt „ungoverned spaces“, Regionen außerhalb

jeder Regierungskontrolle, entstehen könnten, die ebenfalls ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Ebenso macht er aber darauf aufmerksam, dass im Pentagon hochrangige Militärs die Aufgabe der Landesverteidigung angesichts der zu erwartenden Katastrophenszenarien für zunehmend unmöglich erachten.⁵

Für einiges Aufsehen sorgte der bereits im Jahr 2004 veröffentlichte Yoda-Report, der die damalige Bush-Regierung (die den Klimawandel in Abrede stellte) in Verlegenheit brachte. Diese von Andrew Marshall (Spitzname „Yoda“ aufgrund seiner Beteiligung am StarWars-Programm) und Peter Schwarz für den Pentagon erstellte Studie bezeichnet die Klimakrise als größte Bedrohung der Sicherheit und entwirft ein apokalyptisch anmutendes Szenario, das aus heutiger Sicht als nur allzu realistisch erscheint. Unter dem Druck zusammenbrechender Nahrungsketten könnten, so die Studie, Länder mit labilen Regierungen wie Pakistan oder Russland versucht sein, im Kampf um Nahrung und Rohstoffe ihre Nuklearwaffen einzusetzen. Die Welt könnte innerhalb weniger Dekaden in Anarchie versinken.⁶

Eine konsequente, radikale Klimapolitik ist angesichts solcher Szenarien die beste Friedenpolitik. Umgekehrt gilt aber auch: Die große Gefahr, dass Klimaveränderungen zu bewaffneten Konflikten bis hin zur nuklearen Eskalation führen können, macht präventive Abrüstung zum Gebot der Stunde.

Der Kampf um schwindende Ressourcen

Wir befinden uns in einer Zangen-griffkrise: Zur abnehmenden Tragfähigkeit unserer Ökosysteme und zur kaum mehr aufzuhaltenden Erderwärmung gesellt sich der rapide Schwund nicht erneuerbarer Ressourcen, allen voran fossiler Energien. Diese Ressourcenklemme behindert gleichzeitig den Ausbau einer Infrastruktur erneuerbarer Energien, der ja seinerseits zunächst auf einen erheblichen Energie-Input angewiesen ist. Wiederum sind es Militärs, die das große Sicherheits-

risiko erkannt haben, wenn wir, anstatt den industriellen Rückbau gezielt einzuleiten und solidarisch zu gestalten, den wahrscheinlichen Zusammenbruch der Ökonomie in Kauf nehmen. So heißt es etwa in einer sicherheitspolitischen Studie der Bundeswehr aus dem Jahr 2010:

„Der Peak Oil kann dramatische Konsequenzen für die Weltwirtschaft haben. Das Ausmaß dieser Konsequenzen wird sich – nicht nur, aber eben auch – durch einen Rückgang des Wachstums der Weltwirtschaft messen lassen. [...] Ein ökonomischer Tipping Point besteht dort, wo – zum Beispiel infolge des Peaks – die Weltwirtschaft auf unbestimmte Zeit schrumpft. In diesem Fall wäre eine Kettenreaktion die Folge, die das Wirtschaftssystem destabilisiert. [...] Mittelfristig bricht das globale Wirtschaftssystem und jede marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft zusammen [...] Eine auf unbestimmte Zeit schrumpfende Wirtschaftsleistung stellt einen höchst instabilen Zustand dar, der unumgänglich in einem Systemkollaps endet. Die Sicherheitsrisiken einer solchen Entwicklung sind nicht abzuschätzen ...“⁷

Die Konkurrenz um die schwindenden fossilen Ressourcen ist spätestens seit Beginn unseres Jahrhunderts eine treibende Kraft der Geopolitik. Der nach dem damaligen US-Vizepräsidenten so genannte Cheney-Report vom Mai 2001⁸ dokumentiert, dass der Zugang zu den weltweiten Ölquellen ein integraler Bestandteil der US-Militärstrategie und Außenpolitik ist. Dabei wird das Streben nach Versorgungssicherheit immer konfliktträchtiger. Die Interessen der Großverbraucher (EU, China, Indien, Japan, USA) treffen vor allem in Zentralasien und am kaspischen Meer zusammen. Für die EU und insbesondere Deutschland sind überdies die russischen Gasreserven von Bedeutung, die allerdings ihr Fördermaximum bereits überschritten haben dürften.

1 Andres, Jaqueline, Krieg und Klima. IMI-Analyse 2020/34: www.imi-online.de/2020/07/21/krieg-und-klima/

2 <https://umwelt-militaer.org/militaer-klimawandel-cop26/> (aufgerufen am 7.4.2022).

3 Vgl. dazu Anm. 1.

4 Anm. 2.

5 How the Pentagon Thinks About the Climate Crisis. Professor and author Michael T. Klare explores how the U.S. Military is preparing for climate change in his new book „All Hell Breaking Loose“, in: Rolling Stone, September 2019: www.rollingstone.com/politics/politics-features/how-the-pentagon-thinks-about-the-climate-crisis-887832/ (aufgerufen am 7. 4. 2022).

6 Spiegel online, 22. Februar 2004: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,287518,00.html

7 Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Hamburg 210, 47–50.

8 Vgl. dazu vor allem Zumach, Andreas, Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln 22005, 100–113.

Auch die NATO hat spätestens mit ihrer neuen Doktrin anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens ihr Verständnis von „Verteidigung“ im konventionellen Sinn hintangestellt und sich zu einem Instrument der militärischen Durchsetzung ökonomischer Interessen, näherhin der Sicherung von Handelswegen und des Zugangs zu Rohstoffen, entwickelt. Insbesondere die USA drängten auf die strategische Orientierung auf mögliche Krisen in der Golfregion und in der Straße von Taiwan. Mit der Selbstmandatierung der NATO für Einsätze außerhalb ihres Bündnisgebietes hat sich das Bündnis von völkerrechtlichen Vorgaben verabschiedet.⁹ Die Orientierung hin auf die militärische Absicherung ökonomischer, Handels- und Rohstoffinteressen wurde seither regelmäßig in den „Strategischen Konzepten“ bis hin zum jüngsten aus dem Jahr 2010 bestätigt: Darin heißt es etwa: „Alle Länder sind zunehmend auf die lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitwege angewiesen, auf die sich der Welthandel, die Energiesicherheit und der Wohlstand stützen. [...] Einige NATO-Staaten werden, was ihren Energiebedarf angeht, immer stärker von ausländischen Energieversorgern und in einigen Fällen von ausländischen Energieversorgungs- und Verteilernetzen abhängig. Da ein immer größerer Teil des weltweiten Verbrauchs rund um den Globus transportiert wird, ist die Energieversorgung immer störungsanfälliger.“ Deshalb, so die Konsequenz, müsse die NATO „die Fähigkeit entwickeln, zur Energiesicherheit beizutragen, auch durch den Schutz kritischer Energieinfrastruktur und von Transitgebieten und -routen“.¹⁰ Es sei daran erinnert, dass sich seinerzeit Bundespräsident Horst Köhler aufgrund heftiger öffentlicher Kritik zum Rücktritt veranlasst sah: Er hatte schlicht das ausgesprochen und als „selbstverständlich“ affirmiert, was jeder nachlesen konnte: dass sich die NATO als militärisches Bündnis der Sicherung der Grundlagen unseres „Wohlstands“ versteht.

Auch die EU bereitet sich seit Langem schon auf Kriege um Ressourcen vor. Bereits im Jahr 2004 hat das

ISS (Institute for Security Studies) im Auftrag des EU-Rates ein Strategiepapier, das European Defense Paper, vorgelegt, das konkrete militärische Planspiele zur Rohstoffsicherung enthält. Der „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen“ wird darin als ein „vitales Interesse“ der EU und als eines der wichtigsten Ziele von Militärinterventionen definiert. Die EU, so die Verfasser des Papiers, müsse „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“ führen. „Humanitäre Interventionen“ seien auf bis zu 5000 km um die Hauptstadt Brüssel zu beschränken. Allerdings: Innerhalb dieses Radius befinden sich sämtliche Ölstaaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie die Öl- und Gasfelder am Kaspischen Meer.¹¹

Bestätigt wurde dieser Kurs in jüngerer Zeit auf einer Konferenz des ISS zusammen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) im Dezember 2021. Der Klimawandel wurde hier unter anderem unter dem Gesichtspunkt des Zugangs zu Ressourcen debattiert. Bereits 2019 erörterten die EU-Verteidigungsminister den „geostrategischen Wettbewerb um Ressourcen und Seewege“ in einer künftig vom Eis befreiten Arktis.¹²

Ein neuer (Öko-)Imperialismus?

Der schwierige Transformationsprozess hin zu einer Ökonomie auf der Basis erneuerbarer Energien verschärft allerdings die Kriegsgefahr aufgrund der Konkurrenz um Rohstoffe erheblich. Die Umstellung auf CO₂-freie Verfahren und der Ausbau erneuerbarer Energien ist nicht zuletzt mit einem Bedarf an knappen Rohstoffen verbunden: Neo-

dym (für die Generatoren von Windrädern), Grafit, Kobalt und Lithium für Batterien ... Bereits jetzt spielt das Militär in vielen Regionen der Welt eine wichtige Rolle zur Absicherung von Bergbau- und anderen Infrastrukturprojekten, wenn diese auf den Widerstand der lokalen Bevölkerung stoßen. Gerade der Rohstoffbedarf für eine dekarbonisierte Ökonomie könnte diese Tendenz noch verstärken, wenn etwa die Lithium-Gewinnung lokal zu akutem Wassermangel führt. Es eröffnet sich damit aber auch ein neues Feld der Konkurrenz der Großverbraucher. Dass China sich einen großen Teil der Lizenzen für den sehr knappen, aber künftig essenziellen Rohstoff Lithium gesichert hat, ist inzwischen bekannt.

„Grüner Wasserstoff“ könnte in naher Zukunft ein zentrales internationales Konfliktfeld eröffnen. Will man die Ökonomie der reichen Industrieländer auf gegebenem Niveau dekarbonisieren, so sind dafür riesige Mengen von grünem, also mittels Elektrolyse aus Wasser erzeugtem Wasserstoff und hierfür wiederum entsprechende Mengen an Strom aus erneuerbaren Quellen erforderlich. Die Umstellung etwa der deutschen Stahlproduktion, das heißt die Ersetzung des Reduktionsmittels Koks durch Wasserstoff, würde einen Mehrbedarf von 130 TWh bedingen, die Umstellung der Chemieindustrie würde 685 TWh zusätzlichen Strom erfordern, also deutlich mehr als die gesamte heutige Stromproduktion ...¹³ Sowohl die EU-Wasserstoffstrategie als auch die entsprechende deutsche sehen deshalb Importe in großen Mengen vor. Neben Saudiarabien, Russland, der Ukraine, Chile, Island und Australien spielen hierfür vor allem Marokko sowie ganz Westafrika aufgrund seiner großen Potenziale von Sonne- und Windenergie eine große Rolle. Das inzwischen gescheiterte Desertec-Projekt in der Sahara, ein Parabolrinnenkraftwerk, das mit einem kaum vorstellbaren Materialinput lediglich 15 % des Strombedarfs der EU decken sollte, lässt erahnen, dass die entsprechenden Potenziale wahrscheinlich deutlich überschätzt werden. Dazu kommt, dass der Effizienzgrad je nach Nutzung sehr niedrig

⁹ Andreas Buro, Die NATO – ein Instrument zur Absicherung wirtschaftlicher Expansion: https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/die-nato-ein-instrument-zur-absicherung?fbclid=IwAR02USvV8qiBnG7nF7avuPrCsOgYYHn1zWaOvnxkshUhhft2Lw_vAmTv3cQ#block-nodeblock-16956 (aufgerufen am 7. 4. 2022).

¹⁰ www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/strat/strat-konzept-2010.html (aufgerufen am 7. 7. 2022).

¹¹ Zumach, Die kommenden Kriege, aaO., 132–138.

¹² www.german-foreign-policy.com/news/detail/8818/ (aufgerufen am 7. 4. 2022).

¹³ Roadmap Chemie 2050. Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland. Eine Studie von DECHEMA und FutureCamp für den VCI, September 2019.

ist. Von der ursprünglich eingesetzten Energie bleiben nach Verflüssigung, Transport und den Umwandlungsprozessen in Elektrizität und zum Beispiel in kinetische Energie weniger als 20 % des ursprünglichen Energieinputs übrig.¹⁴ Vor allem aber braucht man für die Erzeugung von grünem Wasserstoff nicht nur entsprechend viel Energie aus erneuerbaren Quellen, sondern große Mengen an Süßwasser (die Entsalzung von Meerwasser würde ja die Energiebilanz zusätzlich verschlechtern), das gerade in den afrikanischen Ländern, die über viel Sonne und Wind verfügen, ein sehr knappes Gut ist! Marokko und die westafrikanischen Gebiete südlich der Sahara leiden unter einer mehr als dreißig Jahre anhaltenden Trockenperiode. Wasser ist vor allem in Form einer fossilen Ressource als Grundwasser verfügbar. Die entsprechende Nutzung für die Wasserstoffherstellung steht in direkter Konkurrenz zum Wasserbedarf für Landwirtschaft und Begrünung. Die Ressourcen, auf die die Verbraucher hier zugreifen wollen, um ihr Niveau an Industrialisierung aufrechtzuerhalten, sind also so knapp, dass harte Konkurrenzkämpfe zu befürchten sind, die in kriegerische Auseinandersetzungen münden könnten. Der starke Einfluss Chinas auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch die Verwurzelung Frankreichs in Westafrika aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit bergen ein erhebliches Konfliktpotenzial.

Soziale Verteidigung als Alternative

Das Völkerrecht anerkennt das Recht auf militärische Verteidigung bei einem Angriffskrieg. Jenseits dieser juristischen Ebene aber ist die Frage nach Rationalität und ethischer Verantwortbarkeit einer solchen militärischen Verteidigung zu stellen. Angesichts des heutigen Potenzials an Destruktivkraft auch bereits unterhalb der Schwelle von Massenvernichtungswaffen und der zu erwartenden Opfer an Menschenleben und angesichts der Gefahr einer atomaren Eskalation ist auch militärische „Verteidigung“ keine sinnvolle und verantwortbare Option mehr.

Die Alternative ist aber keineswegs Wehrlosigkeit. Die Friedensforschung hat bereits in den Fünfzigerjahren das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt. Es geht davon aus, dass ein Aggressor nicht einfach ein Territorium besetzen will, sondern danach vor allem die Bevölkerung eines Landes kontrollieren muss. Genau hier eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten der Nichtkooperation mit dem Aggressor, der Verweigerung, des zivilen Ungehorsams, von Generalstreiks, etc., die letztlich die gewaltsame Besetzung eines Landes für den Aggressor unattraktiv machen.

Es gibt zahlreiche historische Beispiele für den Erfolg dieser gewaltfreien Strategie. Natürlich ist sie mit keiner Erfolgsgarantie verbunden, aber das ist die hoch riskante militärische „Verteidigung“ schließlich auch nicht. Angesichts des hohen Blutzolls und angesichts der Gefahr einer atomaren Vernichtung erweist sich jede militärische Antwort als „ultima ratio“. Wer sich in die militärische Logik hineinbegibt, kommt letztlich in ihr um. Wer auf dem Recht auf militärische Verteidigung beharrt, wird konsequenterweise auch weitere Aufrüstung akzeptieren müssen. Die einzig legitime militärische Intervention ist heute die militärische Sicherung von Fluchtkorridoren bei einem drohenden Genozid durch direkt der UNO unterstellte Truppen (also nicht wie bisher durch nationale Kontingente). Auch wer für eine militärische Antwort auf einen Aggressor plädiert, affirmiert damit letztlich das Recht des Stärkeren. Die Menschheit ist um ihres Überlebens willen darauf angewiesen, diese Logik hinter sich zu lassen.¹⁵

Unmittelbare politische Konsequenzen

► Voraussetzung für die Friedenssicherung ist eine konsequente Klimapolitik, die vor allem auf Suffizienz setzt und die den unausweichlichen industriellen Rückbau solidarisch und geplant gestaltet, anstatt einen Zusammenbruch der Ökonomie zu riskieren. ► Vor allem mit Ländern, die zu einem großen Teil vom Export fossiler Energien abhängig sind, sind – bilateral

oder im Rahmen internationaler Vereinbarungen – Energiepartnerschaften auszuhandeln, die eine planvolle Reduktion und eine Umstellung auf erneuerbare Energien ermöglichen und damit Instabilitäten vorbeugen.

► Die Bundesrepublik muss die NATO, deren Zweck es nach eigenem ausdrücklichen Selbstverständnis ist, geopolitische Interessen militärisch durchzusetzen, verlassen und außenpolitisch auf deren Auflösung und Ersetzung durch andere kollektive Sicherheitssysteme hinwirken.

► Die Rüstungsproduktion ist vollständig einzustellen. Es ist an Absurdität kaum zu überbieten, sich mit einem erheblichen Ressourcenaufwand auf Kriege um knapper werdende Ressourcen vorzubereiten. Der Gesetzgeber hat es in der Hand, durch ein ausnahmsloses Exportverbot und die Einstellung der eigenen Beschaffung die Rüstungsproduktion zu beenden. Nach Möglichkeit sind Konversionskonzepte zu erarbeiten.

► Anzustreben ist eine Bundesrepublik ohne Armee, da im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen militärische Verteidigung keine sinnvolle und verantwortbare Option mehr ist. Die frei werdenden menschlichen, technischen, materiellen und finanziellen Ressourcen werden dringend benötigt, um die ökologische Krise und deren Folgen zu bewältigen.

► Für die Erreichung dieser Ziele ist ein Zusammenschluss des pazifistischen Teils der Friedensbewegung mit dem radikalisierten, nicht bloß auf technische Lösungen fixierten Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung nötig. Möglichst zu gewinnen sind progressive Teile der Zivilgesellschaft, progressive Teile von Kirchen und ArbeitnehmerInnenorganisationen, etc.

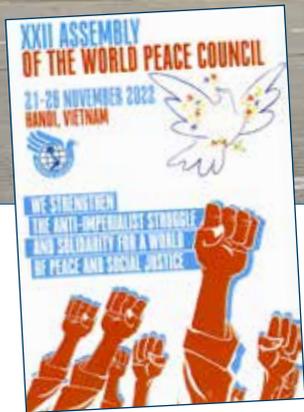
Mainz, 7. April 2022, Bruno Kern
(Mitglied der Initiative Ökosozialismus:
www.oekosozialismus.net)

¹⁴ Vgl. dazu Bruno Kern, Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich 2020, 75. 81.

¹⁵ Mit anderen Waffen. Die Pazifistin Christine Schweitzer ruft die Ukraine zu sozialer statt militärischer Verteidigung auf. Warum dies weder naiv noch ignorant ist: www.nd-aktuell.de/artikel/1162475.gewaltfreier-widerstand-im-ukraine-krieg-mit-anderen-waffen.html?fbclid=IwAR3RdjpHjU6I3ApVER-y564v2YSGP2tCsdBbrzAVWomjdPXw41fGPaAfeow (aufgerufen am 7. 4. 2022).



XXII. WPC-Versammlung und Hà Nội - Friedenskonferenz in Vietnam 2022



IN DER EINLADUNG HIESS ES:

„Liebe Kameraden und Freunde,

sechs Jahre sind seit der erfolgreichen Durchführung der letzten XXI. WPC Tagung in Sao Luis/ Brasilien, November 2016, vergangen. Der WPC ist in diesen Jahren, trotz der vielfältigen Schwierigkeiten, die unsere Völker haben, konfrontiert mit der imperialistischen Aggressivität, der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der globalen Gesundheitspandemie, stärker geworden. Der WPC hat seine Aktivitäten weltweit vervielfacht und begrüßt die Kämpfe der wachsenden Völker gegen den Imperialismus, Drohungen, Kriege und Aggressionen für die Profite der multinationalen Konzerne und des Großkapitals. Es ist mir eine Freude, Ihre Organisation, mit einer Delegation zur Teilnahme an der kommenden XXII. WPC-Montage und die Friedenskonferenz von Ha Noi – gegen den Imperialismus, die in der Hauptstadt der Sozialistischen Republik Vietnam, Ha Noi vom 21. bis 26. November 2022“ stattfinden wird, einzuladen.



Der Deutsche Friedensrat e.V. wurde durch Gerhard Emil Fuchs-Kittowski, Vorsitzender (links) und Bernd Klaus Peter Mewes, Vorstandsmitglied, (oben) vertreten.



Bevor es aber so weit war, hatten wir noch eine anstrengende Flugreise, vom 20.11. 12 Uhr MEZ bis zum 21.11. 13 Uhr Hanoi Orts-Zeit, zu bestehen. Ein Direktflug über Russland war nicht möglich und so landeten wir am Tag der Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft in Katar zwischen.

Am Beginn des Kongresses wurde den 40 Delegationen aus aller Welt eine große Ehre zuteil. Wir durften das Nationalheiligtum (Bild oben) des vietnamesischen Volkes, das Hồ Chí Minh-Mausoleum, und seine Wirkungsstätte besuchen. Wir erwiesen dem Volkshelden der Befreiung von der franzö-





sischen Kolonialherrschaft und des Siegers über die USA-Fremdherrschaft Hồ Chí Minh, mit Kranzniederlegung und Eintrag in das Gästebuch unsere Referenz.



Die vietnamesischen Gastgeber ehrten Persönlichkeiten des WPC für ihr Wirken im Sinne der Völkerverständigung und der Friedenserhaltung (unten)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz hatten in der Regel von 9 bis 17 Uhr ein straffes Arbeitspensum zu absolvieren. Da waren natürlich zum einen Begrüßungsreden, die Berichte des Präsidiums und des Executive Committee des WPC und zum anderen die Situationsberichte der Regionalgruppen des WPC.



Wichtig und inspirierend, die persönlichen Gespräche: Mexiko, Vietnam, Palestina, Argentinien, Kanada, Russland, Italien, Indien, Griechenland, Portugal, Venezuela, Brasilien



Unsere vietnamesischen Gastgeber brachten ihre hohe Wertschätzung gegenüber den Teilnehmern der Tagung des Weltfriedensrates, ob es die hochmotivierten Betreuer, die Unterkünfte, die Versorgung, der Transport zu den Empfängen oder das große Medieninteresse war, immer war diese unfassbare Gastfreundschaft spürbar.

Natürlich bleiben beim Empfang des Bürgermeisters von Ha Noi die kulturellen Eindrücke (rechts).





CHỦ TỊCH NƯỚC NGUYỄN XUÂN PHÚC TIẾP ĐOÀN ĐẠI BIỂU DỰ ĐẠI HỘI LẦN THỨ 22 HỘI ĐỒNG HOÀ BÌNH THẾ GIỚI
Phó Chủ tịch, ngày 23/11/2022



Nguyễn Xuân Phúc der Staatspräsident (11 Person, Bild links unten) - Das war der absolute Höhepunkt: Empfang der Teilnehmer am XXII. WORD PEACE COUNCIL, durch den Staatspräsidenten der Sozialistischen Volksrepublik Vietnam, Herrn Nguyễn Xuân Phúc.



Genauso unvergessen bleibt für uns das Treffen beim Präsidenten der Friedensgesellschaft Vietnams, u. a. mit der Botschafterin Vietnams bei den Vereinten Nationen.



Mit dem Empfang beim Verteidigungsministerium der Vietnamesischen Volksarmee taten sich einige Delegationen schwer. Dort wurde uns ein Video-Clip über die humanitäre Hilfe Vietnams im Rahmen einer UNO-Mission in Afrika gezeigt.



Das war der absolute Höhepunkt:

Empfang der Teilnehmer am XXII. WORD PEACE COUNCIL durch den Staatspräsidenten der Sozialistischen Volksrepublik Vietnam, Herrn Nguyen Xuan Phuc.

Es war beeindruckend, mit welcher Wärme und Herzlichkeit er jeden Teilnehmer begrüßte und es sich nicht nehmen ließ, persönlich ein Erinnerungsgeschenk zu überreichen. Ein besseres Zeichen für ein friedliches Miteinander – statt das Schmieden von „Allianzen“ gegen seine Nachbarn, hätte man gegenüber dem Bundeskanzler Scholz, zehn Tage zuvor, nicht geben können. Der Deutsche Friedensrat e. V. machte auf der Konferenz deutlich, dass er sich für eine neue und aktive Qualität der Zusammenarbeit mit dem WPC stark machen wird. Ein sichtbares Zeichen dafür war die Übergabe der Skulptur eines „Berliner Bären“ an den Gastgeber der Konferenz, die Präsidentin und den Generalsekretär des WPC, durch den Vorsitzenden des Deutschen Friedensrates, Gerhard Emil Fuchs-Kitowski.

- 1. Nguyen Van Rinh, President of Vietnam Association,
- 2. Pallab Sengupta, Presidet of the World Peace Council,
- 3. Iraklis Tsavdaridis, Executive Secretary of the World Peace Council



Nicht nur in vielen Einzelgesprächen machte die deutsche Delegation deutlich, eine neue Qualität in den Beziehungen zu den Mitgliedsorganisationen des World Peace Council entwickeln zu wollen, sie zeigte sich auch engagiert bei der Erarbeitung von Positionen zum internationalen Geschehen.

Ein wichtiges Forum waren die Beratungen im Panel (Themenkreis) „Regionen“ des XXII. World Peace Council.

Aus der Region EUROPA waren zum Beispiel elf Länder vertreten. Daneben tagten noch die Regionen Afrika / Vorderasien; Asien / Ozeanien; Amerika / Karibik. In den Diskussionen ging es viel um Positionsbestimmungen und Sichtweisen. Die Diskussion spiegelte auch die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmer wider: von kommunistischen, religiösen, pazifistischen bis hin zu NATO- oder Russlandfreundlichen Standpunkten.

Am Ende gelang es, mit den Teilnehmern des Themenkreises „Region EUROPA“ übereinstimmende Positionen zu Fragen der Völkerverständigung und der Friedenssicherung zu erarbeiten.

Um diesen gemeinsamen Willen für den Erhalt des Friedens zu festigen und auf internationaler Ebene den Friedenskräften neue Impulse zu verleihen, hat die Delegation des Deutschen Friedensrates e.V. alle Teilnehmer der Region EUROPA zum 21. und 22. September 2023 (UN-Weltfriedenstag) nach Berlin eingeladen. Dem letzten Tag war der Aufenthalt in einem der schönsten Regionen Vietnams, der Ha Long Bay, vorbehalten. Wir fuhren u. a. mit zwei großen Ausflugsschiffen zu einer Insel und besichtigten dort riesige Höhlen und Grotten. So nahmen wir nicht nur Eindrücke einer perfekt organisierten Konferenz, einer unbeschreiblichen Herzlichkeit und Gastfreundschaft der Menschen, sondern auch einer wunderbaren Natur mit nach Hause. Mit einem stolzen Gefühl, dass unsere Solidarität und der unbeugsame, freiheitsliebende Wille des vietnamesischen Volkes nicht vergebens waren, reisten wir ins (winterlich und friedensbekennend) kalte Deutschland zurück.

Ho, Ho Chi Minh!
Bernd Mewes





Foto: Pixabay

Die Verantwortung, die gesamte Menschheit vor Vernichtung zu schützen

„Responsibility to Protect“ (R2P) wurde eingeführt, um „humanitäre Interventionen“ zu rechtfertigen.

Die Systemtheorie ist aufgerufen, die konzeptionellen Mittel zur Konflikttransformation bereitzustellen. Systemisch wird eine solche Transformation ermöglicht, wenn der Konflikt auf eine höhere Ebene, eine Metaebene, gehoben werden kann, auf der die kollidierenden Interessen von der parteiischen Sichtebeine gelöst und aus einer gemeinsamen Sicht neu bewertet werden können, so dass berechnigte Interessen der beteiligten Parteien miteinander in Einklang gebracht und sogar unterstützt werden können.

Die Parteien müssen ihre Interessen nur einer Friedenslogik unterwerfen. Es ist wichtig, zu verstehen, dass die Logik des Friedens für unsere Zeit unerlässlich geworden ist. Ich konzentriere mich auf den Ukraine-Konflikt und thematisiere:

1. die gegebenen widersprüchlichen Wahrnehmungen der Parteien aufgrund einer Kriegslogik,
2. die Reflexion über die Gefahr der Vernichtung menschlichen Lebens auf der Erde als Game Changer, die es zu akzeptieren gilt, und dementsprechend

3. die Aufgabe, gemeinsame Sicherheit als notwendige Transformation auf der Metaebene zu etablieren.

1. Die unterschiedliche Wahrnehmung der Konfliktparteien und die Lock-in-Logik des Krieges

An einem Konflikt sind (mindestens) zwei Parteien beteiligt. An jedem Punkt der Interaktion folgt eine Handlung einer Partei auf eine vorherige Handlung der anderen Partei und wird von einer weiteren Handlung dieser Partei gefolgt. Jede Partei kann jedoch jederzeit entscheiden, welche Handlung sie wählt, und ist für diese Wahl verantwortlich – eine Reaktion, die nicht streng durch die vorherige Handlung der anderen Partei bestimmt wird, obwohl sie später und in Verbindung damit erfolgt.

Nach einer Zeit diplomatischer und militärischer Wechsel eskalierte der Konflikt in eine Phase, in der beide Seiten der Kriegslogik den Vorrang vor der Friedenslogik einräumten. Die Russische Föderation hat im Februar dieses Jahres beschlossen, unter Bezugnahme auf die UN-Charta eine vermeintliche militärische Sonder-

operation zur präventiven kollektiven Selbstverteidigung zu starten, anstatt auf die Aufnahme eines diplomatischen Dialogs mit den USA und der NATO, der EU und der OSZE-Mitgliedsstaaten zur Beilegung des Konflikts zu bestehen. Die Ukraine wiederum forderte eine totale militärische Verteidigung, anstatt ihre Städte zu offenen Städten zu erklären. Was von russischer Seite als Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Neutralisierung einer de facto von der NATO vorbereiteten Aufstellungszone gegen Russland beschrieben wurde, wurde von ukrainischer, NATO- und US-Seite sowie der EU mit einem nicht provozierten Angriffskrieg verglichen, einer Invasion, die versucht ein souveränes Land zu besetzen, Territorium zu annektieren und sein Regime zu ändern.

Durch die Unterstützung der Ukraine mit der Lieferung von (schweren) Waffen wurde das ukrainische Ziel kürzlich auf einen Sieg über Russland gesetzt. Der Konflikt hat sich de facto zu einem Stellvertreterkrieg zwischen der Russischen Föderation und den USA/NATO und der EU auf ukrainischem Territorium entwickelt. Das Risiko, dass westliche Länder de jure zu Kriegsparteien werden, wird immer

größer. Es ist Sache der russischen Seite, die Verletzung dieser roten Linie zu erklären.

2. Reflexion des Krieges im Atomzeitalter

Das Eintreten eines solchen Risikos würde einen Dritten Weltkrieg bedeuten, einen umfassenden Krieg zwischen Atommächten und wahrscheinlich den letzten Krieg auf Erden. Diese Situation macht den Konflikt gefährlicher als die Kuba-Krise in den frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, die von einsichtigen Politikern beigelegt werden konnte. Oder ähnlich gefährlich: der sogenannte Nato-Doppelbeschluss zum Einsatz von US-Pershing II und Ground Launched Cruise Missiles als nukleare Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, welcher 1979 bis 1983 aber auch zu einer breiten Friedensbewegung führte.

Die Forderung nach einer Friedenslogik, deren Umsetzung jetzt dringender denn je ist, findet sich kaum! Die Atomdoktrin der USA und der NATO sieht keine No-First-Use-Option vor, die russische Doktrin erlaubt den Ersteinsatz von Atomwaffen gegen Aggressionen mit konventionellen Waffen im Falle eines Enthauptungsschlags gegen die militärischen Kommando-, feindlichen Kontroll- und Regierungszentren bzw. damit auch eine weitere Bedrohung der Existenz des jeweils „feindlichen“ Staates. (Zur jüngsten Debatte über den Einsatz von Mini-Atomwaffen wurde der Ersteinsatz von taktischen Atomwaffen ausdrücklich vom Außenminister der Russischen Föderation ausgeschlossen.) Es gibt jedoch keine Garantie für gegenseitige Zurückhaltung, es gibt keine Garantie für eine Begrenzung des Atomkrieges. Obwohl sich alle einig sind: Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden!

Es fällt auf, dass diese Einsicht aus dem ersten Kalten Krieg nicht ausreichend erlernt wurde. Es scheint, als sei dieser Imperativ des Atomzeitalters in vielen Ländern vergessen, ins Unterbewusstsein gedrängt und nicht an jüngere Generationen weitergegeben worden. Aber sich an diesen Imperativ zu halten, ist die einzig wirksame Lösung! Jeder Akteur, der sich an den internati-

onalen Beziehungen beteiligt, muss die Verantwortung übernehmen, die gesamte Menschheit vor Vernichtung zu schützen und dabei an die undenkbar Vernichtung denken. Die Menschheit ist zu einer objektiven Schicksalsgemeinschaft geworden. Die Friedenslogik muss sich darüber im Klaren sein, dass sich die Außenpolitik in eine entstehende Innenpolitik der Weltgesellschaft als Ganzes integriert.

3. Eine inklusive Sicherheitsarchitektur für Europa und die Welt als einziges nachhaltiges Verhandlungsergebnis

Der aktuelle Krieg zeugt auch von einer anderen Einsicht. Nicht nur die militärischen Mittel der Kriegsführung sind zu mächtig geworden, um verantwortungsvoll eingesetzt zu werden, auch die industrielle und informatisierte Zivilisation ist zu verwundbar geworden, um konventionell verteidigt zu werden. Das Ausmaß menschlicher Verluste und Schäden an der gesellschaftlichen Infrastruktur überwiegt jeden möglichen Gewinn gegen einen Angreifer und kann einen Verteidigungskrieg nicht mehr rational rechtfertigen.

Das gilt selbst für Mittel der Wirtschaftskriegsführung wie Sanktionen, die letztlich auf die zurückfallen, die sie verhängt haben, und es gilt für Mittel der ideologischen Kriegsführung wie selbstgerechte Behauptungen, die sich letztlich als Doppelmoral herausstellen. Globale Zuschreibungen von Gut vs. Böse (derzeit apostrophiert als „Demokratie vs. Autokratie“) liegen beiden Fällen zugrunde und fördern kriegerisches Verhalten. Politische und kulturelle, also nationale, ethnische, religiöse und andere gesellschaftlich konstruierte Unterschiede werden überhöht, um den Gegnern das Recht auf eigene Interessen sowie das Recht, Teil der Weltgemeinschaft zu sein, abzuspochen. So unmenschlich das schon immer war, so anachronistisch ist es heute. Der Zustand der gegenseitigen Abhängigkeit aller Teile der Weltgemeinschaft erfordert globale Zusammenarbeit, nicht Konfrontation – umso mehr, als die Menschheit alle Anstrengungen unternehmen muss, um gemeinsam den na-

türlichen Lebensraum des Planeten als Heimat Erde zu retten.

Um die Feindseligkeiten in der Ukraine zu beenden, einen langwierigen Krieg abzuwenden und einen dauerhaften Frieden zu ermöglichen, muss klar sein, dass es einer Verhandlungslösung bedarf, die zwischen den beteiligten Akteuren ausgehandelt wird. Daher ist jeder Ausschluss Russlands aus dem Sozialen, das heißt: kulturellen, politischen, wirtschaftlichen sowie ökologischen und technologischen Beziehungen, kontraproduktiv, um diese Einigung zu erreichen. Zudem würde es die Politik des Westens fortsetzen, die zum eigenen Problem wird, weil dadurch der Konflikt nur weiter angeheizt wird. Aus Russlands Sicht verwirklichte die proklamierte gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur nicht das legitime Sicherheitsinteresse Russlands, das unabhängig von der Art der Regierung und der Art der Ideologie Russlands existent ist.

Eine gemeinsame Sicherheit für die Ukraine sowie für andere europäische Staaten wird ohne Garantien von Russland nicht möglich sein! Umgekehrt wird eine gemeinsame Sicherheit für Russland nicht ohne Garantien von der Ukraine und von anderen europäischen Staaten sowie den USA als Führer der NATO möglich!

Wenn diese wesentlichen Bedingungen nicht vereinbart werden können, wird der neue Kalte Krieg mit einem neuen Eisernen Vorhang, der Europa von Eurasien trennt, und mit einer anhaltenden Bedrohung durch globale Vernichtung, mit der Einschränkung des sozialen Fortschritts in jedem Land und mit ökologischen Rückschlägen weitergehen.

** Dieser Text ist eine Ausarbeitung von Bemerkungen, zu denen ich von dem Soziologen und Systemdenker Francisco Parra-Luna zu „Der Russland-Ukraine-Krieg und seine systemische Lösung“ eingeladen wurde. Parra-Luna hatte einen offenen Brief an Ursula von der Leyen koordiniert, der am 28. März 2022 in der spanischen Zeitung ABC veröffentlicht wurde. Sein Vorschlag und eine Diskussion mit meinen Anmerkungen wurden in Avances Sistémicos 2 (5), Mai 2022, veröffentlicht.*

30. Mai 2022,

Prof. Wolfgang Hofkirchner

Ein Leben in Frieden ist das erste Menschenrecht! -

So große Hoffnung kann wiederholt so sehr enttäuscht werden

Der entscheidende Grundsatz der Friedensbewegung ist, dass der Krieg kein Mittel der Politik ist, dass jeder Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen ist. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist auf das schärfste zu verurteilen und die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen zu fordern.

Die Antwort kann jedoch nicht eine weitere Forcierung des Wettrüstens sein, wie dies mit der Bereitstellung von „100 Milliarden Euro für die Bundeswehr“ erfolgt. Diese Reaktion ist ein Sieg der Falken, der Militaristen. Diese Reaktion ist aus den Erfahrungen speziell der deutschen Geschichte absurd und höchst gefährlich. *Die Geschichte, speziell der Deutschen, lehrt uns, dass ein Leben in Frieden als das erste Menschenrecht auf Dauer nur wirklich gewährleistet werden kann:*

Wenn jetzt die bisherige Friedenszeit in Europa so willkürlich abgebrochen werden konnte, müssen wir uns fragen, warum nicht noch entschiedener die Ächtung der Atomwaffen und die Ächtung bewaffneter Drohnen gefordert und durchgesetzt wurde, warum nicht noch entschiedener Verträge zur Abrüstung gefordert und abgeschlossen wurden, warum nicht, statt ein Patt des Schreckens, eine von Atomwaffen freie Welt noch entschiedener gefordert und schließlich erreicht wurde?

Warum sollen sich jetzt im Gegenteil Vertreter der Friedensbewegung für ihre Haltung, sogar bis hin zu Vertretern einer vernünftigen Ostpolitik, entschuldigen? Was diese unter dem erzeugten Druck zum Teil auch tun.

Stärker kann die große Hoffnung auf generelle Abrüstung und dauerhaften Frieden, die mit der Beendigung des Kalten Krieges, insbesondere von denen, die sich aktiv dafür eingesetzt haben, verbunden war, nicht enttäuscht werden.

Die Möglichkeit einer weltweiten Abrüstung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des ganzen Ostblockes wurde nicht wahrgenommen.

Warum passiert es immer wieder, dass die Vernunft von der offensichtlichen Unvernunft besiegt wird?

Meine Antwort darauf ist, dass es in allen Ländern, wie Dwight D. Eisenhower es nannte, den Militärisch-Industriellen-Komplex gibt, der seine Interessen durchsetzt. Dem es offensichtlich immer wieder gelingt, einen friedlichen Geist, wie es Albert Schweizer in seiner berühmten Rede bei der Annahme des Friedensnobelpreises¹, als entscheidende Voraussetzung für Frieden nannte, nicht aufkommen lässt oder immer wieder schrittweise unterminiert. Ohne eine friedliche Gesinnung, sagt Albert Schweizer, können selbst die Organe der UNO ihre Arbeit nicht ausrichten. Aber eine solche Gesinnung wird heute zunehmend abgebaut, als naiv verunglimpft. Obwohl, angesichts der möglichen raschen Vernichtung der Menschheit durch einen Atomtod oder die langsame Vernichtung der Menschheit durch den Klimatod, weiteres Anheizen des Wettrüstens und die weitere Kriegsführung überall in der Welt, nur in die Katastrophe führen kann.

Meine Generation, die noch als Kind den Krieg und als Jugendlicher die Nachkriegszeit erlebt hat, weiß sehr klar, dass es keinen Krieg mehr geben darf. Offensichtlich lernt aber die nachfolgende Generation zu wenig aus diesen Erfahrungen.

Nach dem schrecklichen Weltkrieg wollte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung keine Wiederbewaffnung mehr. Auch schon deshalb nicht, weil dies deutlich zur Spaltung Deutschland führen würde. Ich habe damals miterlebt, wie man durch entsprechende Propaganda die Stimmung der Bevölkerung schrittweise veränderte, z.B. durch Abschluss eines Militärseelsorgevertrages, als es noch gar kein Militär gab und auch die Amerikaner noch nicht sicher waren, ob man Deutschland wirklich wiederbewaffnen sollte. Nach zwei verlorenen Weltkriegen, mit den großen materiellen und geistigen Schäden, dem unermesslichen Leid von Millionen von Menschen, wollte man endlich konsequent die Lehren ziehen und den

militaristischen Ungeist, der zu diesen Kriegen geführt hatte, mit den Wurzeln ausreißen.²

Wie stark das so gefährliche militaristische Denken die Menschen in Deutschland beherrschte, verdeutlichte mir mein Großvater, der Theologe Emil Fuchs, immer wieder mit folgender Geschichte aus seinem Leben.³

Ein Freikorps von Studenten aus Marburg hatte mehrere streikende Arbeiter auf einen Acker geführt und erschossen. Emil Fuchs hatte die Witwen besucht und die gelynchten Arbeiter beerdigt. Das brachte ihm schon den Hass der bürgerlichen Gesellschaft von Eisenach und ein kirchliches Disziplinarverfahren ein. Hier kam auch seine Anti-Kriegshaltung zur Sprache. Er berief sich auf eine Resolution des gerade in Stockholm beendeten Kongress evangelischer Kirchen, in der von „The sin of war“, der Sünde des Krieges gesprochen wurde.

Da rief der Vorsitzende der Disziplinarkommission: „Das steht doch gar nicht so in der Zeitung.“ In der Tat war in den deutschen Zeitungen nur ein kleines „n“ hinzugefügt worden. Es wurden die Sünden des Krieges verurteilt. Schon konnten alle Reaktionäre wieder zufrieden sein. Emil Fuchs konnte sich mit seiner pazifistischen Haltung nicht mehr auf diese Resolution berufen.

Wie er erkannte, müssen wir unseren Kampf gegen den Krieg, für generelle Abrüstung und Frieden mit der Erkenntnis verbinden, dass, wer Frieden will, die Ordnung ändern muss, die immer wieder Kriege gebiert. Auch eine redliche Bemühung um Frieden ist letztlich nicht konsequent genug, wenn sie nicht auch nach den letzten sozialen Ursachen, den Ungerechtigkeiten der Gesellschaft, die sich aus der Produktionsweise ergeben, fragt. Friedenspolitik verlangt zugleich eine Politik der Gerechtigkeit. Daher muss sich politisches Handeln generell am Maßstab der Gerechtigkeit orientieren, will sie wirklich dem Menschen dienen.

Ein überfallenes Land hat das Recht auf

Selbstverteidigung! Zugleich müssen aber auch Waffenstillstandsverhandlungen gefordert und sobald als möglich realisiert werden!

Es ist das Volk, das leidet. Es sind die Soldaten, die auf beiden Seiten geopfert werden.

Es gilt weiterhin die Warnung der Bewegung der Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW): „Nach einem Atomschlag gibt es keine Heilung mehr!“

Es gilt weiterhin unsere Resolution der IFIP (Generalversammlung, der Taskforce „Freedom and Disarmament“ des IFIP TC9): „Die Software der Frühwarnsysteme ist ungenügend getestet, ein Weltkrieg aus Zufall wird immer wahrscheinlicher!“⁴

Es gilt insbesondere auch die wichtige Feststellung und Mahnung zu beachten, dass es in der heutigen Situation, in der durch den Einsatz von Atomwaffen die ganze Menschheit vernichtet werden kann, es keinen gerechten Krieg und auch keine gerechte soziale Revolution geben kann, die den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen würde.,^{5,6,7}

Dies gilt auch für den Einsatz sog. taktischer Atomwaffen, da eine weitere Anwendung von Atomwaffen nicht mehr unter Kontrolle ist, wie aus Simulationen aus der Zeit des Kalten Krieges gut bekannt ist.

Das Paradigma der Friedensbewegung lautet: Kriege sind auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Si vis pacem, para pacem! Ein Leben in Frieden ist das erste Menschenrecht: ohne Frieden ist alles andere ein Nichts!

Prof. Klaus Fuchs-Kittowski

1 Albert Schweitzer, Das Problem des Friedens in der heutigen Welt, Verlag C. H. Beck, 1954

2 Friedrich-Martin Balzer, Krieg oder Frieden? Erwin Eckerts Kampf für Frieden nach 1945 und seine Lehren für heute. Vortrag am 21. Oktober 2022 in Mannheim

3 Emil Fuchs, Mein Leben, (Zweiter Teil) Köhler & Amelang, Leipzig 1959, S. 133

4 Klaus Fuchs-Kittowski, Der verantwortbare Computereinsatz – oder das kann einem nur in Wien passieren. – In: Softwaretechnik im Kontext – Dokumentation des Festkolloquiums vom 20. Juni 2003, Bericht 256. Hrsg. v. Wolf-Gideon Bleek. Hamburg: Universität Hamburg, Fachbereich Informatik 2004.

5 Appell aus Berlin! Für ein kontrollierbares Abkommen zur Abschaffung aller Atomwaffen. In: Gunter Flach, Klaus Fuchs-Kittowski (Hrsg.), „Vom atomaren Patt zu einer von Atomwaffen freien Welt – zum 100. Geburtstag von Klaus Fuchs. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät“, Berlin, 2012. ISBN 978-3864640254

6 Herbert Hörz: Sind Kriege gesetzmäßig? Standpunkte, Hoffnungen, Handlungsorientierungen. Hg. v. Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V., Berlin 2010

7 Klaus Fuchs-Kittowski. Die Alltäglichkeit der Revolution: zur Relativierung des Sprungs und Rettung der Qualitäten (German). Free access. <https://hg-graeb.de/Rohrbacher-Kreis/Storkow-20/KFK.pdf> Oder: Leibniz Institut für interdisziplinäre Forschung, LIFIS-ONLINE (20. 11. 2020) www.lifis-online.de

Assange-Familie reagiert auf die Stellungnahme des australischen Premierministers



John Shipton und Stephen Kenny treffen sich mit Ministerin Penny Wong im Parlamentsgebäude am Montag, den 29. November 2022.

„Ich habe dies persönlich mit Vertreter/innen der Regierung der Vereinigten Staaten besprochen. Meine Position ist klar und wurde der US-Regierung deutlich gemacht, dass es an der Zeit ist, diese Angelegenheit zu beenden. Dies ist ein australischer Staatsbürger.“
Premierminister Albanese.

Am 30. November beantwortete Premierminister Anthony Albanese im Parlament eine Frage der Abgeordneten für Kooyong, Dr. Monique Ryan, zu dem australischen Journalisten und WikiLeaks-Mitbegründer Julian Assange. Im Folgenden sind Zitate der Mitglieder von Julian Assanges Familie und den australischen Rechtsberater:innen und den australischen Rechtsberater:innen der Assange-Kampagne als Reaktion auf die Erklärung von Premierminister Albanese zu finden:

John Shipton, Vater von Julian Assange:

„Premierminister Albanese steht in seiner Vertretung gegenüber dem Weißen Haus fest an der Seite der Bürger:innen Australiens und der großen Zeitungen der Welt: The New York Time, The Guardian, Der Spiegel, Le Monde und El Pais.“

„Lasst die Anklage fallen. Bringt Julian nach Hause. Wir werden jetzt sehen, welchen Stellenwert Australien in Washington hat, geschätzter Verbündeter oder nicht.“

Gabriel Shipton, Bruder von Julian Assange: „Endlich hat der Premierminister öffentlich dazu aufgerufen, diese endlose Verfolgung des australischen Journalisten Julian Assange zu beenden.“ „Die Australier werden genau beobachten, wie die USA reagieren und ob sie die Forderungen der australischen Öffentlichkeit und der Regierung respektieren werden, dem australischen Bürger Julian Assange Gnade zu erweisen.“

Greg Barns SC – Rechtsberater der Assange-Kampagne: „Wenn ein australischer Premierminister seine Besorgnis über die Behandlung eines australischen Staatsbürgers durch die USA äußert, ist das angesichts der Stärke der Allianz zwischen den beiden Ländern eine ernste Angelegenheit.“ „Es ist klar, dass Herr Albanese die Ungerechtigkeit des Falles Assange versteht. Die Australier:innen erwarten von ihrer Regierung zu Recht, dass sie in Fällen eingreift, in denen Australier:innen im Ausland unter ungerechten Umständen festgehalten werden.“

Stephen Kenny, Anwalt der Assange-Kampagne:

„Es war beruhigend, die Worte des Premierministers zu hören. Den Worten müssen jedoch Taten folgen, und wir hoffen, dass die Vertretung des Premierministers in den Vereinigten Staaten Gehör gefunden hat. Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten werden darüber entscheiden, ob unser Premierminister Einfluss auf unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hat. Um Julians willen hoffe ich aufrichtig, dass er das tut.“ „In diesem Fall war es mehr als genug. Die Inhaftierung von Herrn Assange war ein Versagen der Justiz, ein Missbrauch des Verfahrens und sollte jeder medienschaffenden Person, welche die Straftaten einer mächtigen Nation aufdeckt, einen Schauer über den Rücken jagen.“

P R E S S E M I T T E I L U N G

**AKTION ZUM INTERNATIONALEN TAG DER MENSCHENRECHTE:
ASYL FÜR DESERTEURE UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERER****Datum: 01. Dezember 2022**

Presseeinladung: Friedens- und Menschenrechtsorganisationen demonstrieren mit einem übergroßen aufblasbaren zerbrochenen Gewehr für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus, Ukraine – am Donnerstag, 8. Dezember 22, um 11 Uhr vor dem Sitz der EU-Kommission, Unter den Linden 78.

Friedens- und Menschenrechtsorganisationen rufen aus Anlass des Internationalen Tages der Menschenrechte (10. Dezember) zu einem Aktionstag vor dem Europäischen Haus in Berlin auf. Sie fordern Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine.

„Hunderttausende haben sich den Kämpfen in der Ukraine entzogen“, so heute Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungs-Netzwerk Connection e. V. „Auf der Seite Russlands und Belarus wollen sie sich nicht an einem Angriffskrieg beteiligen. Auf der Seite der Ukraine entziehen sie sich dem Zwang zum Kriegsdienst.“

Zur Aktion haben die Organisator*innen Verweigerer und Antikriegsaktivist*innen aus allen drei Ländern eingeladen. Getragen wird die Aktion von: antimilitaristische aktion berlin (amab), Connection e. V., Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW), Internationale der Kriegsdienstgegner*innen (IDK), NaturFreunde Deutschlands, Pax Christi.

Die Organisator*innen unterstützen damit eine europaweite Petition ([Link: https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer](https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer)), mit der die Europäische Union dazu aufgefordert wird, den Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Russland, Belarus und der Ukraine den notwendigen Schutz zu garantieren.

Der Aufruf wurde bereits von weit mehr als 5.000 Personen unterzeichnet. Zudem haben mehr als 100 Organisationen aus über 20 Ländern mit einem Appell an den Bundestag ([Link: https://de.connection-ev.org/pdfs/2022-03-24_appellbundestag.pdf](https://de.connection-ev.org/pdfs/2022-03-24_appellbundestag.pdf)) und einem Aufruf an das Europäische Parlament ([Link: https://de.connection-ev.org/pdfs/2022-06-09_appealEurope-de.pdf](https://de.connection-ev.org/pdfs/2022-06-09_appealEurope-de.pdf)) die Forderungen gegenüber den Parlamenten stark gemacht. Es gibt mehr als 150.000 russische Wehrpflichtige und Deserteure ([Link: https://de.connection-ev.org/article-3608](https://de.connection-ev.org/article-3608)), die den Angriffskrieg ablehnen.

Schätzungsweise 22.000 belarussische Wehrpflichtige haben ihr Land verlassen ([Link: https://de.connection-ev.org/article-3608](https://de.connection-ev.org/article-3608)), weil sie sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Sie alle müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. Sie hoffen auf Schutz in den Zufluchtsländern. „Angesichts des Krieges in der Ukraine brauchen wir eine klare Zusage der deutschen Bundesregierung und der europäischen Institutionen“, so Rudi Friedrich, „dass bei Desertion und ausdrücklich auch bei Militärdienstentziehung in Russland Flüchtlingsschutz garantiert wird.“

Bislang sollen nur Deserteure und Oppositionelle aus Russland geschützt werden. ([Link: https://de.connection-ev.org/article-3647](https://de.connection-ev.org/article-3647)) Militärdienstentzieher sind von den Schutzversprechen jedoch ausdrücklich ausgenommen. Ein echter Schutz für alle, die sich dem Krieg verweigern, ist schon lange überfällig.“

Die Ukraine hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt und die Grenze für Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen. Mehr als 140.000 Männer haben sich der Kriegsbeteiligung in der Ukraine entzogen ([Link: https://de.connection-ev.org/article-3608](https://de.connection-ev.org/article-3608)) und sind ins Ausland geflohen. Derzeit haben ukrainische Staatsbürger einen befristeten Aufenthalt in der Europäischen Union.

In der Ukraine wurden bereits mehrere Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. ([Link: https://de.connection-ev.org/article-3690](https://de.connection-ev.org/article-3690)) „Als Ärztinnen und Ärzte wissen wir um die späten physischen und psychischen Traumata von Kriegsdienstleistenden.“

Durch Kämpfe entstehen schwere Verletzungen – das ist unvermeidbar. Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Kriegsdienstverweigerung muss deshalb auch in diesem Krieg als Selbstverständlichkeit für alle gelten“, ergänzt Carlotta Conrad, Vorstandsmitglied der IPPNW.

Internationaler Tag für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen

Foto: Pixabay

Statement des Portugiesischen Rates für Frieden und Zusammenarbeit (CPPC), vom 07. Oktober 2022:

Die Resolution 68/32 der Generalversammlung der Vereinten Nationen „erklärt den 26. September zum Internationalen Tag für die vollständige Beseitigung der Kernwaffen, der dieses Ziel unter anderem dadurch fördern soll, dass der Öffentlichkeit die von Kernwaffen ausgehende Bedrohung für die Menschheit und die Notwendigkeit ihrer vollständigen Beseitigung stärker bewusst gemacht und sie darüber aufgeklärt wird, um internationale Anstrengungen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels einer kernwaffenfreien Welt zu mobilisieren“.

Nach Angaben der UN gibt es derzeit weltweit fast 13.000 Atomwaffen, die zweifellos die größte Bedrohung für die Menschheit und das Leben auf dem Planeten darstellen. Seit dem Schrecken des kriminellen Abschusses von zwei Atomwaffen durch die Vereinigten Staaten von Amerika auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945, die Hunderttausende Menschen in einem Meer aus Feuer und Strahlung getötet oder schwer verletzt haben, gab es viele Versuche, insbesondere im UN-Rahmen, dem nuklearen Wettrüsten ein Ende zu bereiten. Mit der Auflösung des Militärblockes „Warschauer Pakt“ (die NATO wurde dagegen nicht aufgelöst!), hätte seit den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts die Chance bestanden, sich in Richtung nuklearer Entspannung und Abrüstung zu be-

wegen. Was stattdessen geschah, war die sukzessive Erweiterung und Verstärkung der NATO, immer näher an Russland, und die Erhöhung der Militärausgaben und der Anzahl der Waffen – mit einem starken Schwerpunkt auf den Vereinigten Staaten von Amerika und der NATO, die zusammen mehr als die Hälfte der gesamten Militärausgaben weltweit auf sich vereinen. Es sei daran erinnert, dass die USA einen beträchtlichen Teil ihrer Militärausgaben zielgerichtet für die Modernisierung ihres Nukleararsenals einsetzen und dass dieses Land das erste war, das in seiner Militärdoktrin die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen bei einem Erstschlag definierte – auch gegen Länder, die nicht über diese Art von Waffen verfügen. Es sei auch daran erinnert, dass die USA in den letzten Jahren wichtige Verträge für die Begrenzung und Eindämmung von Kernwaffen aufgegeben haben, wie den Vertrag über nukleare Mittelstreckenstreitkräfte (INF) oder den Vertrag zur Begrenzung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen (ABM). Maßnahmen, die, anstatt die nukleare Abrüstung zu fördern, am Ursprung der Modernisierung von Atomwaffen und sogar der Erhöhung der Zahl der Atomwaffen-Sprengköpfe durch einige Länder festhalten.

Es sei außerdem darauf hingewiesen, dass die USA und ihre Verbündeten (in der NATO) ihre militaristische Politik gefährlich verschärft haben, nämlich durch gezielte Provokationen von China und Russland, zwei Länder, die ebenfalls Atomwaffen besitzen,

darunter mit der Schaffung oder Reaktivierung von Militärverträgen im Indopazifik und der Verstärkung der militärischen Präsenz in dieser Region. Die Markierung des Datums vom 26. September ist von entscheidender Relevanz und Wichtigkeit, wenn die Situation in Europa über die allmähliche Eskalation des Krieges in der Ukraine einen neuen Höhepunkt der Spannung und nie dagewesenen Konfrontation erreicht, zumal zunehmend angenommen wird, dass es sich in der Ukraine um einen „Stellvertreterkrieg“ zwischen den USA/NATO und Russland handelt.

Es ist beunruhigend und inakzeptabel, dass im Kontext der allmählichen Eskalation des Krieges in der Ukraine, mit seiner anhaltenden Anstiftung und Verschärfung, die Möglichkeit der Nutzung von Atomwaffen von verschiedenen Spielern und Offiziellen erwogen wird. Von Beginn an erklärte der Portugiesische Rat für Frieden und Zusammenarbeit (CPPC), dass die Anstiftung zu einer Eskalation des Krieges gestoppt werden muss und dass Initiativen erforderlich sind, um den Dialog zu fördern und eine Verhandlungslösung zu finden, um eine noch größere Tragödie in Europa und in der Welt zu vermeiden. Die Folgen für Europa und die europäischen Völker sind dramatisch. Schon der von den USA vorangetriebene und von der EU verfolgte Wirtschaftskrieg betrifft vor allem Europa selbst, die steigenden Lebenshaltungskosten und die angekündigte Rezession beweisen dies. Aber darüber hinaus ist das nukleare Risiko auf eu-

ropäischem Territorium größer als anderswo, weil Atomwaffen, die aus den USA und von den europäischen Atomwächtern (Russland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich) stammen, hier konzentriert sind. Europa wird zum Feld, wo gekämpft wird – wo Menschen sterben – zur Verteidigung fremder Interessen, nämlich für den Erhalt der US Hegemonie.

Nur die totale Abschaffung von Atomwaffen garantiert der Menschheit das Ende der Bedrohung, ihres Aussterbens durch den atomaren Holocaust. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen, der 2017 von einer Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen angenommen wurde und 2021 in Kraft getreten ist, wurde inzwischen von mehr als 68 Ländern ratifiziert. Darunter sind jedoch keine, die Atomwaffen besitzen und keine NATO-Mitglieder.

Die portugiesische Regierung selbst hat bereits mehrfach erklärt, dass sie diesem Vertrag nicht beitreten wird, gerade weil es mit der US- und NATO-Politik übereinstimmt.

Der Portugiesische Rat für Frieden und Zusammenarbeit (CPPC), einer der nationalen Friedensräte, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind und seither in großen weltweiten Kampagnen für die Abschaffung von Atomwaffen auftrat, unterstützt weiterhin den Kampf für den Frieden, für Abrüstung und für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen.

Dutzende Länder haben diesen Vertrag bereits unterstützt. Der CPPC hat eine Petition initiiert, um zu fordern, dass auch die portugiesische Regierung sich daran hält. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen stimmt mit der Verfassung des Portugiesische Republik überein und ganz sicher auch mit dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Portugiesen, die Frieden und ein Ende der nuklearen Bedrohung einfordern. An diesem 26. September ruft die CPPC zur Mobilisierung der Portugiesen auf: für die Abschaffung der Atomwaffen, für die Beendigung des Ukraine-Krieges und aller Kriege, für den Frieden.

CPPC, vom 07.10.2022

Weihnachtsgrüße – Made in USA

Tödliche Weihnachtsgrüße aus den USA! - Weihnacht vor 50 Jahren, Hanoi im Bombenhagel



**Vergessen wir nicht:
aus der Geschichte des Vormarsch der
"christlich-westlichen" Wertegemeinschaft!
Wissen wir denn, woraus diese
"christlich-westliche" Wertegemeinschaft besteht?
Wovon nährt und wie legitimiert sich diese
"christlich-westlichen" Wertegemeinschaft?**

Im Dezember 1972, vor genau 50 Jahren, flogen die USA die größten Luftangriffe, innerhalb des in Vietnam als den „Amerikanischen Krieg“ bezeichneten Krieges. Die US Air-Force bezeichnete diese Operation: „Operation Linebacker II“, doch ging diese Operation dann als „Weihnachtsbombardement“ in die Geschichte dieses Krieges ein. Was damals schon der Öffentlichkeit als „chirurgische Operation“ verkauft wurde, war ein zwölf-tägiger Albtraum von nahezu pausenlosem Bombardements gegen die Bevölkerung Hanois und Hai Phongs.

In 3.000 Angriffen luden Hunderte amerikanische Flugzeuge ihre tödliche Fracht vom 18. bis 29. Dezember über die nordvietnamesischen Großstädten ab. Präsident Nixon hatte gerade seine Wiederwahl mit dem Versprechen, den Krieg beenden zu wollen, errungen. Insofern sollte dies die letzte US-amerikanische Militäraktion des Krieges werden, damit Präsident Nixon das Schlachtfeld auch als Sieger verlassen konnte. Wie wir wissen kam es nicht dazu und rechtfertigt

erst Recht nicht dieses Kriegsverbrechen. In Hanoi wurden 2.385 Zivilisten getötet und weitere 1.355 Menschen verletzt. Das grösste Krankenhaus Nordvietnams, das Bach Mai Hospital, wurde durch Bomben schwer getroffen. Allein in der Nacht vom 25.12. auf den 26.12.1972 wurden 287 Menschen getötet. Hätten die Behörden nicht einen großen Teil der Bevölkerung Hanois, vor allem die Kinder, evakuiert, wäre die Zahl der Opfer während der fast zweiwöchigen Bombardierungen noch viel höher gewesen. Aber aus Sicht des USA Präsidenten Richard Nixon und seines Sicherheitsberaters Henry Kissinger waren diese Opfer nur „Kollateralschäden“! Wir sollten uns auch deshalb dieses Krieges und dieser Kriegsverbrechen erinnern, wenn wir gleichzeitig zu leicht der Melodie folgen wollen, man würde irgendwo zwischen Dnjepr und Hindukusch unsere Freiheit und Demokratie verteidigen müssen.

Es sind immer wieder die alten Lieder, Melodien und Methoden, wenn es auch mal gegen die „Achse des Teufels“, dann gegen das organisierte Verbrechen (in Zeiten der Sinnkrise der NATO) oder gegen die von CIA selbst errichteten Drogenkartelle sowie gegen einen internationalen Terrorismus geht, wo die fehlgeleitete fundamentalistisch verbrämten Terrorjugend sich meist nur gegen Ex-Kolonialländer richtet, in denen jene Akteure meist geboren wurden, oder last but not least von der „Achse des Bösen“ ausgeht.

Gegen den Stellvertreter-Bruderkrieg der Russen gegen die Klein-Russen (wie die Ukrainer immer hießen), oder für Taiwan und gegen China, immer wird man noch knackigere Namen finden. Was immer gleich ist und gleich bleibt, sind die Methoden und die wirksame Spaltung derjenigen, die nur Frieden und nichts als Frieden wünschen ... indem man immer wieder griffige Feindbildbezeichnungen neu erfindet und sie unter gutmütigen und gutwilligen Menschen zur Spaltung streut.

Gerhard Emil Fuchs-Kittowski



Drohnen-Gefahr, Automatisierte Kriegsführung

Welche Gefahren drohen durch Aufrüstung und Einsatz neuer Kriegsführungstechniken? Zum eitlen und dem falschen Versuch Kriegsrobotern Ethik beibringen zu wollen!

Die Bundesregierung steigt in das unbemannte Überwachen und Töten ein: Sie will noch ab dem Jahr 2017 bis zu 16 Kampfdrohnen für die Bundeswehr (von Israel) mieten, die sowohl zur Überwachung eingesetzt als auch mit Bomben und Raketen bestückt werden können.

Die Bundeswehr soll außerdem für den CyberWar fit gemacht werden. Eine eigene Kommandoeinheit „Cyber- und Informationsraum“ mit 13.000 IT-Soldaten soll offiziell für die Abwehr von Cyberangriffen zuständig sein, aber auch die technischen Möglichkeiten des Angriffs auf Kommunikations- und Versorgungsnetze üben.

Diese Pläne sind nur zwei Bausteine in den alarmierenden Plänen, die die Bundeswehr in den nächsten Jahren und unabhängig von den zusätzlichen 100 Mrd. Kriegsanleihen die in das Grundgesetz aufgenommen werden sollen, massiv aufzurüsten. Dagegen

gelten die Warnungen, wie zum Beispiel von David J. Parnas: „Software muss getestet werden, die in Frühwarnsystemen verwendete Software ist nicht genügend getestet. Ein Krieg aus Zufall wird immer wahrscheinlicher“, bereits im Jahre 1995 ausgesprochen, auch heute noch nach wie vor!

Mit dem CyberWar, dem Einsatz von Drohnen und Kriegsrobotern kommt die Gefahr hinzu, dass der Krieg abstrakt und somit verharmlost wird, da das Schlachtfeld weit entfernt ist und die Kriegshandlungen von Robotern ausgeführt würden.

Von dem Leid der betroffenen Menschen wird dabei abstrahiert. **„Wenn es gelingt die Atomrüstung mit der Raketenrüstung zu verbinden, wird der Zeitfaktor wichtig. Dann kann nur noch der Computer entscheiden. Die Menschheitsfrage: Krieg oder Frieden darf nicht dem Computer überlassen werden!“ Albert Schweitzer**

Cyberkrieg

Angriff aus dem Internet: Aus Computerviren sind moderne Waffen für den CyberWar entstanden. Wie kann sich ein Land vor dieser Bedrohung schützen?

- Schon jetzt sind die IT-Systeme der Bundeswehr massiven Angriffen ausgesetzt. Laut Bundeswehr wurden ihre Rechner in den ersten neun Wochen des Jahres mehr als 284.000 Mal attackiert.
- Man habe es bei der Cyber-Bedrohung „mit einer sehr ernst zu nehmenden Waffe zu tun“, sagte die ehemalige Verteidigungs-Staatssekretärin Katrin Suder.
- Das liege auch daran, dass Cyber-Waffen „kostengünstig“ seien und sich Angreifer schwer zuordnen ließen.
- Die Bundeswehr stellt sich dieser Herausforderung nun mit ihrer neuen

Cyber-Truppe, die künftig gleichberechtigt mit Heer, Luftwaffe und Marine agieren soll.

- Dem neuen Kommando werden zunächst 260 Soldaten angehören. Zum 01. Juli 2020 werden ihm dann mehrere Dienststellen und damit 13.500 Soldaten unterstellt. Bis 2021 sollen es nach Angaben des Kommandos fast 15.000 sein.
- Wer hat Erfahrung mit Cyber-Viren?
- Wie groß ist die Bedrohung für Unternehmen oder sogar ganze Länder?

Können Cyber-Attacken verhindert werden?

- Eine (kleine) Einheit namens Computer-Netzwerk-Operationen, kurz CNO, soll von 60 auf 80 Personen wachsen und tatsächlich „wirken“, wie das in der Militärsprache heißt - also im Zweifel Netzwerke knacken, sabotieren, ausschalten.
- Ein Großteil der 15.000 Soldaten sind nicht Hacker in Uniform, sondern werden stattdessen für den Schutz und Betrieb des IT-Systems der Bundeswehr zuständig sein.
- Aber, gegen diese hochentwickelten Viren gibt es keinen Schutz!
- Auch das schon im April 2011 in Deutschland gegründete Nationale Cyber-Abwehrzentrum sieht seine Hauptaufgabe nicht in der Verhinderung von Cyberwar-Attacken. Es soll im Falle eines Angriffs nur die Attacken analysieren und den Schaden möglichst gering halten.
- Manche Kraftwerksbetreiber verzichten aus Sorge vor Cyberwar-Angriffen auf eine Netzanbindung ihrer Prozessrechner. Dies erschwert jedoch die Aktualisierung der Software: So können sogar ältere Viren dort noch Schaden anrichten.
- Es mag überraschen, wie verwundbar Staaten durch Cyberwar-Attacken geworden sind. Doch solange Betriebssysteme und die Programme komplex und wenig überprüfbar sind, wird es auch in Zukunft keinen wirksamen Schutz vor Spionage, DDoS-Attacken oder Manipulationen geben können.

„Pro“ Cyberkrieg: zum Beispiel Cyber-Angriff auf Irans Atomanlagen?

- Behauptung: „Wir bekommen eine Option, die Menschenleben schont,“
- Mit „Stuxnet“ wurde 2010 ein Virus speziell für den CyberWar entwickelt. Zum ersten Mal sollte ein Virus gezielt technische Steuerungsprozesse, sogenannte Supervisory Control and Data Acquisition (SCADA) Systeme, manipulieren.
- Gezielt wurden Anlagen des iranischen Atomprogramms durch „Stuxnet“ sabotiert.
- Der Virus besitzt eine extrem hohe Komplexität. Fachleute sind daher überzeugt, dass nur staatliche Organisationen als Auftraggeber in Frage kommen. Der Stuxnet-Virus ist wahrscheinlich unter der Führung der USA in Kooperation mit Israel entstanden.
- Inzwischen sind mit „Duqu“, „Flame“ und „Gauss“ weitere Waffen für einen CyberWar gefunden worden. Auch diese sollen im staatlichen Auftrag entwickelt worden sein!-
- Sabotage als Ziel im CyberWar!

Kontra Cyberkrieg:

- Informatiker und Vertreter der Friedensforschung z.B. des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg warnen jedoch:
- Die Befähigung der Bundeswehr zu Offensivoperationen trage „ganz sicher nicht zu einer dringend gebotenen internationalen Abrüstung im Cyberspace bei“.
- Die Bundeswehr trägt damit zu einer internationalen Aufrüsten bei.
- Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen angesichts der Cyber-Bedrohung - entsprechend intensiv war zwischenzeitlich das Kompetenzgerangel etwa zwischen Verteidigungs- und Innenministerium.

Cyberkrieg: Der Cyber-Raum ist kein rechtsfreier Raum! Cyber-Waffen müssen demokratisch kontrolliert werden!

- Im Cyberraum gibt es kaum einen Unterschied zwischen Offensive und Defensive: „Wenn Sie Ihre Systeme verteidigen wollen, müssen Sie auch wissen, wie ein potenzieller Angreifer agiert.“
- Das Wissen darum, wie Angriffe funktionieren, könne in Krisensituationen „auch zur Analyse von Angriffen und zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der IT-Systeme genutzt werden“.
- Das Parlament entscheidet hierzu - lande über ihren Einsatz. Daran solle sich auch angesichts der Bedrohungen im Cyberraum nichts ändern.
- Außer der Sensibilisierung für die Gefahren gilt es, einen weltweiten Appell: „Für eine internationale Konvention zum Schutz gegen Cyber-Waffen“ voranzutreiben.
- Es gilt zu fordern: endlich die Entwicklung von Waffen und Strategien aus den Nerd-Kammern der Geheimdienste zu holen und sie im demokratischen Prozess sichtbar und kontrollierbar zu machen!

Der Film mit einleitenden Worten wurde im ZDF und 3Sat ausgestrahlt:
<https://www.youtube.com/watch?v=qhvuBT1Mvz0>



Prof. Klaus Fuchs-Kittowski
 Gerhard Emil Fuchs-Kittowski

Zur Erinnerung - der Fall: Edward Snowden

Mehr als eine Million Menschen aus 110 Ländern forderten US-Präsident Barack Obama auf, Edward Snowden zu begnadigen.



Edward Snowden hat u.a. aufgedeckt, dass die NSA in großem Ausmaß die Rechner großer Internetfirmen anzapft und so Zugang zu Videos, Fotos, E-Mails und Kontaktdaten von Millionen Nutzern bekommt. Auch auf die Rechner von Telefonanbietern soll die NSA zugegriffen haben. Die Überwachung erfolgt mithilfe von Programmen wie Prism, Tempora und XKeyscore.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass die NSA dabei vielfach gegen die geltenden Gesetze verstoßen hat. Laut Informationen des „Spiegel“ hat die NSA millionenfachen Zugriff auf Datensätze aus Deutschland. Noch läuft die Aufklärungsarbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) des Bundestages, das klären soll, inwieweit deutsche Behörden von den Aktivitäten der NSA wussten. Außerdem soll aufgedeckt werden, wie weit die Zusammenarbeit des BND mit der NSA ging und ob hier rechtliche Grenzen überschritten wurden. Im Raum steht der Verdacht, dass der BND auch Mobilfunkdaten weitergegeben hat, die dann bei der Durchführung von Drohnenangriffen für die Ortung von verdächtigen Personen genutzt wurden.

Der Fall Snowden betrifft zwei menschenrechtliche Problembereiche:

1. Snowden hat aufgedeckt, in welchem Ausmaß der amerikanische Auslandsgeheimdienst NSA (National Security Agency) elektronische Kommunikation im In- und Ausland überwacht. Eine solche exzessive Überwachung stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. Diese Enthüllung macht deutlich, dass effektiver Schutz vor exzessiver Überwachung und der Ausspähung privater Daten notwendig ist.
2. Snowden soll in den USA für diese Informationsweitergabe strafrechtlich verfolgt werden, ihm drohen lange Haftstrafen und verschärfte Haftbedingungen. Dies wirft die Frage auf, inwieweit „Whistleblower“ (Hinweisgeber), die öffentliche Missstände aufdecken, geschützt werden müssen.

Hier finden Sie die wichtigsten Positionen von Amnesty International zum Fall Snowden:

- Amnesty International geht davon aus, dass Snowden in US-Haft Misshandlung ausgesetzt sein könnte. Vor einer Auslieferung Snowdens aus einem europäischen Land an die USA muss deshalb sorgfältig geprüft werden, ob ihn dann zum Beispiel Haftbedingungen erwarten würden, die gegen Art. 3 EMRK verstoßen, weil sie unmenschlich, erniedrigend oder grausam sind (z.B. ausgedehnte Einzelhaft, nächtliches Wecken jede Stunde, etc.).
- Snowden hat das Recht, in jedem Staat einen Antrag auf Asyl zu stellen, der fair und unabhängig beschieden werden muss. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind Flüchtlinge Per-

sonen, die fürchten müssen, in ihrem Heimatstaat aufgrund bestimmter Umstände, z.B. ihrer politischen Auffassung, verfolgt zu werden.

- Grundsätzlich ist jemand, der vor Strafverfolgung bzw. der damit einhergehenden Haft in ein anderes Land flieht, kein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Eine derartige Verfolgung und damit der Flüchtlingsstatus sind aber gegeben, wenn der Straftatbestand, die zu erwartende Strafzumessung oder auch die zu befürchtende Inhaftierung nicht internationalen Menschenrechtsstandards entspricht. Die Straftatbestände, wegen derer Snowden in den USA angeklagt ist (Diebstahl öffentlichen Eigentums (18 U.S.C. § 641), Kommunikation von Informationen der nationalen Verteidigung (18 U.S.C. § 793(d)), Veröffentlichung geheimer Informationen (18 U.S.C. § 798(a)(3))) sind als solche nicht Ausdruck einer politischen Verfolgung. Einzig die Strafverfolgungsumstände, die Bedingungen der zu erwartenden Haft oder die Strafzumessung könnten also zu einer Einstufung Snowdens als „politisch Verfolgtem“ führen. Für eine solche Einstufung müssten eine umfangreiche Prognose angestellt und alle Umstände eingehend geprüft werden.
- Die USA haben mit Berufung auf die „nationale Sicherheit“ den Reisepass von Snowden für ungültig erklärt. Unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, in dem Snowden gehandelt hat, ist diese Maßnahme aus Sicht von Amnesty International eine unzulässige Beschränkung seines Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit (Art. 13 AEdMR, Art. 12 IPBürg, Art. 5 EMRK).

Statement „Amnesty International

CETA – die Hintertür für die TTIP-Lüge – der Freihandelsbetrug:

„Comprehensive Economic and Trade Agreement“, kurz CETA, wurde unbemerkt, ohne Mandat, doch vom deutschen Bundestag ratifiziert

Die CDU schreibt in ihrem Argumentationspapier pro TTIP: „...Nur mit einem solchen Abkommen können wir auch langfristig ermöglichen, dass europäische Standards (im Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer) nicht ausgehöhlt werden.“

Davon einmal abgesehen, dass das gleiche Argument für langfristige verbindliche Vereinbarungen und Kooperationen mit China dann auch genauso gelten müsste, wird de Fakto so getan, als sei die Realität in diesem Falle total andersherum. Sollte man sich da nicht mal entscheiden, gilt es nun so oder gilt das nun so herum...

Aber zurück zu TTIP: hier übersehen die Meinungs-Taktgeber der CDU jedoch (mit Absicht!/wider besseren Wissens?), dass es in den USA gesetzlich garantierte Mitbestimmungsrechte, so wie in Deutschland, gar nicht gibt!

Grundsätzlich, ist es nahezu egal, ob wir von CETA oder ob wir über TTIP schreiben, denn das Eine kann durch die Hintertür das Andere ersetzen, denn entsprechende Bi-laterale Abkommen lassen sich dafür nutzen die Tür gegen das Gemeinwohl und für einzelne Interessen multinationaler Konzerne in alle Richtungen aufzustoßen. Und, wer sollte einem Vertrag, der zum Gesetz werden soll noch vertrauen, wenn einer der maßgeblichen Verhandlungsvertreter, der Leiter des Bereiches Internationales bei der IG-Metall, Herr Horst Mund diesen mit folgendem Resümee kommentierte: „Niemand von uns war auch nur annähernd darauf vorbereitet, dass höchste Repräsentanten gerade heraus lügen würden, nur um die Gewerkschaften (aus den Verhandlungen zu CETRA) draußen zu halten.“

CETA also, verhindert nicht, kann es auch nicht verhindern, dass in Euro-

pa bereits erkämpfte oder verhandelte Arbeitsstandards weiterhin gesenkt werden können. Bei TTIP vielleicht offensichtlicher denn bei CETA, wird auch das CETA Abkommen den Druck zum umgehen und zum absenken der Standards größer und in einem gemeinsamen Markt diese Standards einer privatrechtlichen Interessenlage vor einem zivilrechtlichen verbrieften Standard vorziehen.

Ob CETA oder TTIP: es ging nie um Chlorhühner oder Gen-Mais! Selbst um das so beliebte liberale Schlagwort „Freihandel“ ist es nie ernsthaft gegangen. Der „Freihandel“, so wie er unter Konservativen und Wirtschaftsliberalen propagiert wird (und eine Art Neo-Kolonialismus fördert), wird mittels CETA und TTIP ebenfalls unterlaufen. Es ist nur erstaunlich, wie hier die Konservativen es selbst nicht merken, wie stark sie in dieser Frage von den Extra- oder Erz-Konservativen sowie Neoliberalen ebenfalls betrogen, abgezockt und über den Tisch gezogen werden. Das Prädikat „Freihandel“ ist in diesem Zusammenhang lediglich ein Vorwand, um Wirtschaftsinteressen durch zu setzen, die selbst eingefleischten Marktverfechter unterlaufen.

Getürkte Wachstumsprognosen und das Verschweigen der Gefahren dieser Abkommen für die freie Wirtschaft und Demokratie, wird von Politikern betrieben, die genauer betrachtet den Protektionismus für ihr eigenes Land verfolgen. Und das Heimatland des Protektionismus ist seit dem 19ten Jahrhundert schon immer die USA gewesen. Somit sei sogar die Frage gestattet, ob nicht derjenige der in unserem Land die Interessen eines anderen Landes vertritt nicht nur gegen die Interessen seines eigenen Landes (z.B. des eines ganz normalen harmlosen Kapitalisten) sondern in der Hauptsache

gegen die Interessen seines eigenen Landes verstößt. Wie nennt man so etwas im Strafrechtssystem?

Ich denke aber, dass das nicht unser Problem sein sollte, unser Problem sollte vor allem anderen in unserer Verfassungstreue bestehen und in unserer Forderung der Einhaltung selbige durch unsere vom Volke gewählten Abgeordneten. Thilo Bode schreibt dazu: „Das ist Verrat an der Freihandelsidee, gegangen von Politikern, die vom Freihandel sprechen und Protektionismus praktizieren – um gönnerhaft Entwicklungshilfe zu gewähren.“

Früher waren es die sogenannten Entwicklungsländer, die dann daraufhin über Jahrzehnte in die Schuldenabhängigkeit getrieben wurden, während heute dies über Kriegsschulden die Ukraine und Kriegsanleihen die Eu- und NATO-Staaten, wie auch Deutschland, sind. Weiter schreibt er: „Der nunmehr vorliegende Text des CETA-Abkommens beweist: Das in der europäischen Verfassung (Lissabon-Vertrag) garantierte Vorsorgeprinzip droht durch das Freihandelsabkommen irreversibel beschädigt zu werden.trotz intensiver Kritik soll nicht nur an der demokratiefeindlichen Paralleljustiz für ausländische Investoren festgehalten werden.“

...Konzerninteressen in Gesetze zu gießen, ..., dass auf Dauer unsere demokratischen Rechte und die Demokratie in Europa diesen Konzerninteressen unterworfen werden.“ Natürlich geht es auch um Einzelinteressen, wie bei der Chemieindustrie um die Zulassungen von acht genmodifizierte Mais-, Soja-, Raps- und Baumwollpflanzen von Konzernen wie Monsanto, Dow oder DuPont bei dem sich gleich noch in weiterer Widerspruch in den letzten ein/zwei Jahren auftut: wir erwehren

uns (zu Recht) dagegen ungeprüft gen-manipulierte Lebensmittel in unseren Verdauungstrakt einführen zu lassen, während wir auf der anderen Seite uns völlig unkritisch und entgegen jeder früheren Art von Medikamenten-Zulassungs-Kontrolle jetzt gen-manipulierte Substanzen gleich und ungebremst in den Blutkreislauf zu jagen.

Wie weit sind wir schon degeneriert worden in unserer eigenen Kritikfähigkeit?!

Und wenn wir schon bei der Pharmaindustrie sind, dann sollten wir nicht vergessen in welchem Umfange, mehr noch als in Europa, in Nordamerika, also USA und Kanada, die Verabreichung von Antibiotika erlaubt sind. Selbst 20% jener Antibiotika, die wir noch als zur Gruppe der Reserveantibiotika, die als Notfallmittel bei der Behandlung von Menschen verwenden, wird hier wahllos verabreicht und damit weiteren Resistenzen Vorschub geleistet. Über Hormone wie Ractopamin und Somatotropin wird schon seit Jahren gestritten. Nur mit welchem Recht werden wir europäischen Züchtern und Schlachtern die Verwendung derartig gefährlicher Substanzen verbieten können, wenn wir gleichzeitig die Einfuhr von damit behandelten Schlachtgut erlauben müssen?

Laut eines Zeitungsberichtes des Gesundheitsministeriums aus dem Jahr 2014 oder einer RKI Verlautbarung im Rahmen der Corona-Epidemie 2020/21 sterben durch multiresistente Keime ausgelöste Keime in Krankenhäusern jedes Jahr zwischen 15.000 und 40.000 oder gar noch viel mehr Menschen. Es gibt Schätzungen und Zahlen anderer Institute die bis zu 70.000 Todesfälle ausgehen. So überfällig allein in diesem Bereich bereits ist, um so schlimmer wirkt die Aussage des Leiters des Nationalen Staphylokokken-Referenzzentrums am Robert-Koch-Institut Wolfgang Witte: „...es könne eine mikrobiologische Apokalypse entstehen.“ ...und „...wenn das passiert, dann Gnade uns Gott.“

Eine Verfassungsbeschwerde gegen CETA wurde im März 2022 abgewiesen. Aber nicht, ohne das die Richter der Öffentlichkeit und den Unterhänd-



lern klar machen: dass einige Teile dieses Handelsabkommens als kritisch angesehen werden muss. Vor allem gilt dies für die sogenannten Schiedsgerichte. Allein für ein solches Gerichtssystem müsste Deutschland Hoheitsrechte an die EU übertragen, was vom Bundesverfassungsgericht bezweifelt wird, ob dies überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

In den Fragen des CETA-Investitionsschutz-Standards musste sich die Bundesregierung sogar verpflichtet sehen, öffentlich bekannt zu geben, auch hier auf Grund der Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichtes nachzubessern.

Trotz Abweisung, wie deutlicher sollen diese Hinweise auf die Güte dieses Abkommens noch ausfallen? Und trotzdem wurde es ratifiziert! ...und ohne Mandat, womit nicht nur diese Beurteilung durch das Bundesverfassungsgericht gemeint ist, sondern die unwiderlegbare Situation, dass dieses Abkommen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung gemäß verschiedentlicher Abstimmungen und Umfragen in Deutschland und in den weiteren europäischen Nationen abgelehnt wird. Es gibt dafür keine öffentliche Mehrheit, im Gegenteil: seit Jahren sehr viel Protest!

Wir haben es also mit einem Vertrag zu tun, der viele Möglichkeiten und Türen öffnet bestehende Standards aufzuweichen, auszuhöhlen und zu beseitigen. Es ist ein Vertrag, der entscheidende Partner von vor herein als Vertragspartner ausschließt, wie zum Beispiel die Gewerkschaften.

Welchen Sinn hat ein Freihandelsabkommen das auf der einen Seite einen Partner hat, der auf der anderen Seite am liebsten ohne zweiten Partner die Sachfragen für sich ganz alleine entscheidet? Die Investitionsschutzklauseln, die verbindlich wie völkerrechtliche Verträge sein sollen, stehen dann und deshalb über den bundesstaatlichen oder lokalen Regelungen und könnten dazu führen, dass man zum Beispiel nun gegen höhere Mindestlöhne klagen kann, sofern diese die erwarteten Gewinne schmälern. Das Recht Betriebsräte zu wählen kann man nun als Handelshemmnis betrachten und vor einem Schiedsgericht dagegen angehen. Auch Klagen gegen andere sozial- und arbeitsrechtliche Regelungen der deutschen Gesetzgebung sind möglich.

Wenn wir die Resolutionen der Europaabgeordneten bereits schon aus dem Jahre 2015 ernst nehmen würden oder ernst genommen hätten, dann hätte man CETA von damals bis einschließlich heute ablehnen müssen! Stattdessen geschehen zwar Proteste und dann diverse Krisen, danach Corona und ein weiterer neuer Krieg mitten in Europa, so dass hier der Kern dieses Grauens vergessen wird, 7 Jahre später, von Abgeordneten die noch nie etwas mit CETA zu tun gehabt hatten, wird dann in aller Stille abgestimmt.

Ist das Demokratisch? Sind das unsere Werte für deren Erhalt in der Ukraine gekämpft wird? Müsste nicht nach all der früheren Ablehnung und der verstrichenden Zeit, zunächst ein neues Mandat erteilt werden. Stattdessen wird mit den Investitionsschiedsgerichten eine Paralleljustiz geschaffen! Wissen das unsere Bürger? Wissen unsere Bürger, die Wähler jener Abgeordneten, über diese dann herrschenden Konsequenzen bescheid?

Im Augenblick ist für ein „Werkzeugkasten“ abgestimmt worden, der ein Regelwerk beinhaltet, dass fast ausschließlich zu Lasten der Umwelt, von kleinen und mittleren Unternehmen, zu Lasten von Arbeitnehmern und Verbrauchern und zu Lasten der Sou-

veränität der Kommunen, Länder und Staaten Europas geht. Wir brauchen starke Parlamente und starke Zivilgesellschaften, aber keine völkerrechtlichen Verträge, die im Streitfall europäisches oder hier auch kanadisches Recht aushebeln können. Aber keine andere Funktion ist für einen solchen „Investitionsgerichtshof“ denkbar oder ersichtlich. Vergessen wir nicht, hier wurde etwas ratifiziert, obwohl bereits die Aufnahme der Verhandlungen dazu (zu CETA) nicht ausreichend demokratisch legitimiert war und das Demokratieprinzip während all der Verhandlungsführung nie beachtet wurde.

Der Einfluss von Wählern und Abgeordneten auf die zukünftige Gesetzgebung wurde auf ein Minimum reduziert, weil wichtige Regeln ohne Beteiligung der Parlamente verabschiedet wurden. Zudem haben die Parlamente nur eingeschränkte Rechte, bei der Verabschiedung der Abkommen.

Doch Geo-Strategisch ist dieses Freihandelsabkommen, genauso wie TTIP, regelrecht ein Desaster, was zukünftige Migrationsströme nach Europa geradezu noch herausfordert und befördert.

Den Freihandel unter den Voraussetzungen eines CETA oder TTIP Abkommens kann nur zwischen zweier annähernd ähnlich aufgestellten und wirtschaftlich gleich starken Ländern funktionieren. Doch wegen dieses wirtschaftlichen Ungleichgewichtes werden dann weitere Teile der Weltbevölkerung von den möglichen wirtschaftlichen Verbesserungen ausgeschlossen. Deshalb braucht es ein neues CETA-Mandat, dass sich auf Transparenz und Fairness, auf Ehrlichkeit und Ausgleich gesellschaftlicher Interessen gründet, ein Mandat mit parlamentarischer Rückbindung, die gewährleistet das die Gestaltung gesellschaftspolitischer Standards auch in Zukunft nicht verhindert und demokratisch entschieden wird.

Gerhard Emil Fuchs-Kittowski

VORANKÜNDIGUNG

Der Vorstand lädt zum 25. Februar 2023 die Mitglieder des „Deutschen Friedensrates“ e.V. zu einer Mitgliederversammlung ein. Inhaltlich soll beraten werden:

- die weitere Profilierung des Vereins im Rahmen der nationalen und internationalen Friedensbewegung und seine weiteren Aktivitäten zur Friedenssicherung
 - die Anpassung der Satzung von 2006 an die gesellschaftliche Entwicklung und die damit einhergehenden rechtlichen Rahmenbedingungen
- Die Einladung und die notwendigen Beratungsmaterialien werden den Mitgliedern rechtzeitig zugesendet.

Der Vorstand



GELD, GELD, GELD,

ist das Blut, das die Kriege am Leben erhält! Innerhalb von 6 Stunden war der Deutsche Bundestag in der Lage, 100 Mrd. Euro für ein neues Rüstungsprogramm zu verabschieden. Die Rüstungskonzerne und ihre Aktionäre feiern die Politiker für ihr schnelles Handeln!

SOLIDARITÄT soll die Zivilgesellschaft mit denen, die Opfer militärischer Abenteuer sind, üben. Also mit den Flüchtlingen aus den Kriegsregionen, mit den Verwundeten und mit den Familien der durch Waffengewalt Getöteten. Also mit denen, die in der Zivilgesellschaft unter Geldmangel leiden, mit den Opfern von Naturkatastrophen, von medizinischer Mangelwirtschaft der mit den durch Energieverknappung Leidenden!



REGIERUNGEN FINANZIEREN KRIEGE!

Die größte Kriegslüge ist das Versprechen „dieser Krieg wird der letzte sein“. Frieden – dauerhaften Frieden – wird es nur durch die Beseitigung der Kriegsursachen am Verhandlungstisch geben.

Reduzieren Sie ihren Militärbeitrag durch das Reduzieren ihrer Steuerpflicht,

für die Stärkung der Friedenswilligkeit in der Zivilgesellschaft. Dazu bedarf es bildungspolitischer Auf-

klärung und des friedlichen Protestes auf der Straße.

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Spenden an den Deutschen Friedensrat e.V. unter: **IBAN DE75 1007 0848 0629 0779 00**

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Friedensrat e.V.

Redaktion: Gerhard Emil Fuchs-Kittowski, V.i.S.d.P.

Redaktionsschluss: 31. Dezember 2022

E-Mail: friedensrat@mail.de

Layout: LibelleDeko, Ulrike Schiga

Druck: MOL-Werkstätten